Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1924

53 (27.2.1924) 1. und 2. Blatt

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis (freibleibend): 1.–15. Februar durch Träger 1.30 Mk. (bei der Abholstelle in Karlsruhe 1.25 Mk.), wöchentliche Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklameteil 25 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Erscheint einmal täglich auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: nachmittags ½6 Uhr. — Drahtadresse: Beobachter. — Postscheckkonto: Amt Karlsruhe 4844. Fernsprecher: Geschäftsstelle 535. Redaktion: 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Aktiengesellschaft Badenia (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der Badenia, Akt.-Ges., Karlsruhe, Adlerstraße 42. Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil: Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen und Reklame: Josef Ettenbast, sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Johannes Hoffmann, Berlin N. W. 7, Luisenstraße 31 b.

62. Jahrgang — Karlsruhe, Mittwoch, den 27. Februar 1924 — 1. Blatt Nummer 53

Große politische Aussprache im Reichstag.

Der Reichskanzler über die wirtschaftliche und politische Lage.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Febr. In der heutigen Reichstagssitzung ergriff nach einem warmempfundenen Nachruf des Reichstagspräsidenten Loebe für den gestern verstorbenen Abgeordneten Dr. Roesicke, der Reichskanzler Marx das Wort, um die Politik der Reichsregierung während der parlamentslosen Zeit zu rechtfertigen. In erhebenden, durchaus sachlichen Ausführungen gab der Kanzler dem Parlament Rechenschaft darüber, wie die Reichsregierung die ihm vom Reichstag am 8. Dezember erteilte Vollmacht dazu benutzt hat, der wachsenden Not des Volkes Einhalt zu bieten. Die Ziele, die sich die Regierung damals gesetzt, seien im wesentlichen durchgeführt worden. Die Mark sei seit Mitte November v. Js. bis heute auf derselben Werthöhe geblieben, damit sei den Spekulanten und Schiebern hoffentlich für immer ein Riegel vorgeschoben worden. Der Haushalt des Reichstages konnte balanzieren, wenn auch nur unter gewissen Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über Rhein- und Ruhrgebiet sei.

Die Wirtschaft erhole sich langsam, aber sichtlich. Der Weg, den die Regierung zurückgelegt hat, so sagte der Kanzler, war an Arbeit und Schwierigkeiten reich, aber er hat nicht abwärts geführt. Starker Beifall aus dem Hause bestätigte diese Feststellung des Kanzlers, und auch dafür fand er Verständnis, als er sagte, es gäbe kein anderer Weg, entweder wir beißen die Zähne zusammen, nehmen eine zeitlang auch schwere Lasten und Sorgen auf uns, haben aber dann die Zuversicht, daß unsere Wirtschaft wieder in die Höhe kommt und wieder besseren Zeiten entgegengeht, oder wir erfreuen uns noch einmal für eine kurze Spanne Zeit an der Seifenblase anscheinenden Wohlergehens, verlieren aber dabei sicher den festen Stand der Währung, stürzen wieder in den Taumel der Inflation und gehen damit unaufhaltsam dem endgültigen, finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres ganzen Volkswesens und damit auch des Einzelnen entgegen.

Der Reichskanzler sprach die Erwartung aus, daß auch die Volksvertretung in harten, aber lebensnotwendigen Maßnahmen der Regierung ihre Zustimmung nicht versagen wird, wenn auch mancher in Einzelheiten eine andere Regelung für besser erachtet. Kritik scheue die Regierung nicht und wird gerne Verbesserungsvorschläge entgegennehmen, wenn aber der Erfolg und die Auswirkung, der von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Beruhigung der Verhältnisse durch etwaige Beschlüsse des Parlamentes in Frage gestellt werden sollen und die Regierung den Bestand ihrer Reformen gefährdet oder gar vernichtet sehe, so werde sie nicht davor zurückschrecken, dafür die nach ihrer Ansicht pflichtmäßigen Folgerungen zu ziehen und die Auflösung des Reichstages bei dem Reichspräsidenten zu beantragen.

Die letzten Ausführungen des Kanzlers riefen ein lebhaftes Bravo im Hause hervor, das aber naturgemäß verschiedenen Beweggründen entsprang. Auf Vorschlag des Präsidenten Loebe wurde die Redezeit für die Abgeordneten auf 1¼ Stunde verlängert. Hierbei machte gleich der Redner der Sozialdemokraten, Müller-Franken, ausgiebigen Gebrauch, indem er sich des längeren und breiteren über die nach seiner Ansicht verhängnisvolle Folge des Ausnahmezustandes und in lebhafter Kritik der einzelnen Notverordnungen erging. Arbeitsminister Dr. Brauns verteidigte gegenüber verschiedenen Angriffen des Vorredners die von der Reichsregierung während des Ermächtigungsgesetzes betriebene Sozialpolitik.

Sitzungsbericht.

Berlin, 26. Febr. Am Regierungstisch sämtliche Mitglieder der Reichsregierung. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Präsident Loebe spricht nach Eröffnung der Sitzung dem verstorbenen Abgeordneten Dr. Roesicke (Deutschn.), dessen Platz ein Lorbeerkranz schmückt, einen warm empfundenen Nachruf.

Hierauf erhält

Reichskanzler Marx

das Wort.

Reichskanzler Marx führte u. a. aus, daß die Ziele des Ermächtigungsgesetzes die Beibehaltung des Währungsstandes, die Balanzierung des 1924 vorzulegenden Etats und die Wiederbelebung der Wirtschaft zum Gegenstand hatte. Die Reichsregierung will in keiner Weise die Kritik an ihren Maßnahmen beschränken, aber sie kann sich mit ruhigem Gewissen das Zeugnis ausstellen, daß sie mit Aufbietung aller Kräfte die unter den augenblicklichen Verhältnissen möglichst vollkommene Erreichung der Ziele erstrebt hat. Wenn man die Verordnungen der Reichsregierung, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind, objektiv beurteilt, wird man zugeben müssen, daß es der Reichsregierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die bedeutungsvollste Tatsache für unser Wirtschaftsleben ist, daß die Mark seit Mitte November auf derselben Werthöhe geblieben ist. Die Zeiten der Währungsspekulanten und des Devisenschiebertums sind hoffentlich für immer vorüber.

Der Reichskanzler kam im folgenden auf den Haushalt zu sprechen, der in großen Umrissen den Reparationssachverständigen vorgelegt werden konnte. Dieser Haushalt ist unter der Voraussetzung aufgestellt, daß das Reich auch über die Zölle und Steuern des Rhein- und Ruhrgebiets frei verfügen kann. Weiter kam der Reichskanzler auf die langsame Besserung der Wirtschaftsverhältnisse, auf die Personalabbauverordnung und auf die außerordentlich geringen Goldgehälter für die Beamten zu sprechen und fuhr dann fort:

Die Reichsregierung hat sich immer und immer wieder die Frage vorgelegt, ob sie tatsächlich so schwere Lasten und Entbehrungen dem Volke auferlegen dürfe. Die Reichsregierung hat oft unter Widerstreben und doch unentwegt den Weg der Pflicht innegehalten. Sie hat sich daran geklammert, daß es sich in allem um ein Großes handelt: den Zusammenhalt des Reiches, das Fortbestehen und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Wir müssen die Zähne zusammenbeißen und eine Zeit lang auch schwere Lasten und Sorgen auf uns nehmen, dann haben wir auch die Zuversicht, daß unsere Wirtschaft wieder in Gang kommt. Geraten wir aber nochmals in eine Inflation, dann ist jeder Versuch, unsere Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos. Dann ist unser wirtschaftlicher Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt. Das ist die übereinstimmende Ansicht des Auslandes und aller einsichtigen Teile unseres Volkes. Aber leider ist es mit dieser Einsicht unserer Volksgenossen einstweilen noch recht schlecht bestellt. Man hatte erwartet, daß die Reichsregierung mit einem großen Wurf die gesamte Lage bessere. Diesen Unverbesserlichen muß gesagt werden: Den Stein der Weisen haben wir nicht gefunden; wir mußten in mühsamer Kleinarbeit unserem Volk neue schwere Lasten auferlegen in der Hoffnung, daß wir es auf diesem Wege aus der Wüste des Elends und der Not herausführen.

Im folgenden kam der Reichskanzler auf die außenpolitische Lage zu sprechen und betonte, daß ohne Besserung der außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk ist.

Reichskanzler Dr. Marx fortfahrend: Sehr spät, wenn auch vielleicht nicht zu spät, scheint die Vernunft auf dem Marsche zu sein. Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage. Wir begrüßen es, daß eine Anzahl prominenter Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage beauftragt worden sind und sehen ihrer Entscheidung wenn auch nicht mit überströmendem Optimismus, so doch mit Zuversicht entgegen. Auch der jetzige Lebensweg des deutschen Volkes muß wieder in die lichte Zukunft führen, wenn wir die Opfer zur Errettung und für das Glück unserer Kinder bringen. Von den deutschen Beamten erwarten wir treueste Pflichterfüllung und Hingabe und in die Volksvertretung setzen wir das Vertrauen, daß sie das Vorgehen der Regierung billigen wird, wenn sie ohne Vorurteil die Gesamtlage der Regierung unter dem Gesichtspunkte der großen Ziele betrachtet. Die Aufwertungsfrage wird noch von dem zuständigen Ressortminister näher begründet werden. Mit dem Bewußtsein der Pflichterfüllung sieht die Reichsregierung auf ihre mühevolle Arbeit und erwartet, daß die Volksvertretung ihre Zustimmung nicht versagen wird, wenn nachher auch in Einzelheiten eine andere Regelung als besser erscheint. Kritik scheuen wir nicht und wir werden auch Verbesserungsvorschläge entgegennehmen. Pflichtgemäß muß sich der Reichstag von dem ernsten Verantwortungsgefühl durchdringen lassen. Das Ermächtigungsgesetz spricht von Aufbauung und nicht von Abänderung — Abänderungsanträge sind also ausgeschlossen. Eine Abänderung der Verordnung kann nur durch eine neue Gesetzesvorlage oder vom Reichstag durch Initiativanträge herbeigeführt werden. Manche Verordnung möge im Augenblick nicht wesentlich sein, aber eine große Zahl von Verordnungen ist sehr wesentlich für die Erreichung unseres Zieles. Durch ihre Aufbauung könne der Erfolg völlig in Frage gestellt werden. Diese Verordnungen sind den Parteien als solche bezeichnet worden. Es ist nicht eine Laune der Regierung, sondern ein starker Pflichtwillen, wenn die Reichsregierung erklärt, daß ihr ganzes Reformwerk gefährdet und sogar vernichtet werde, wenn eine der unumgänglichen Verordnungen aufgehoben oder wesentlich verändert wird. Sie erklärt, daß sie angesichts der Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, bei Annahme eines Aufhebungsantrags sich genötigt sehen würde, die nach ihrer Ansicht pflichtmäßigen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags zu beantragen in der Ueberzeugung, daß sie sich in einem solchen Falle für das wirtschaftliche und nationale Leben des Volkes einsetzen würde. Dasselbe gilt auch von der Annahme der Initiativanträge, die eine wesentliche Abänderung der als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen bezwecken würde. Die Regierung fordert entsieden das hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt sind, abzulehnen. Naturgemäß gelten diese Notverordnungen nur so lange, bis die Not einigermaßen behoben ist. Alsdann ist die Regierung gewillt, die Aufhebung oder Verbesserung der lebenswichtigen Verordnungen selbst vorzunehmen oder auch zuzulassen. Zur Zeit muß sie jede Veränderung der Verordnung als für das Gesamtwohl des Reiches und Volkes bedrohlich und sogar als unmöglich ablehnen, die das Ziel der Stabilität der Währung und die Balanzierung in Frage stellt. Die Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit einem solchen Beginnen widersetzen und alles, was in ihren Kräften steht, tun, um dies zu verhindern.

Einige Verordnungen tragen freilich endgültigen Charakter, insbesondere die Aufwertung, wo endlich Ruhe in unser Wirtschaftsleben kommen muß. Wer die Aufwertungsregelung in Frage zieht, macht sich schuldig, daß die Kreditnot nicht behoben wird. Kredit ist das Lebensbedürfnis unseres Volkes. Auch von der Beratung lebenswichtiger Verordnungen in den Reichstagsausschüssen muß Abstand genommen werden. Ausstreuungen in der ausländischen Presse über angebliche ungünstige Aeußerungen der ausländischen Sachverständigen haben schon die deutsche Mark in den Auslandsbörsen vorübergehend zu erschüttern und die Inlandspreise wichtiger Bedarfsartikel zu steigern vermocht. Der noch immer stabilisierte Stand unserer Währung kann durch das kleinste Vorkommnis gefährdet werden. Eine langwierige Verhandlung der Steuernotverordnung würde eine wesentlich verderbliche Stockung in die Steuerveranlagung zur Folge haben und die Länder in die größten Schwierigkeiten bringen.

Die Bitte von Kommissionsberatungen abzusehen, ist mit den Grundsätzen der Demokratie durchaus vereinbar. Das Ermächtigungsgesetz war eine Willenskundgebung des Reichstages im Einklang mit dem demokratischen Gedanken unserer Verfassung. So kann auch die Auswirkung dieser Vollmacht den Schutz des Parlamentes finden, andernfalls würde der Sinn dieses Gesetzes gefälscht oder das Gesetz zur Phrase gemacht. Das Wesen wahrer Demokratie könnte nur verkümmern, wenn das Parlament in Zeiten der Not alle geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten erschöpft und damit die Idee durch die Form erdrücken wird. In interfraktionellen Verhandlungen mit den Parteien will die Regierung einzelne Bestimmungen beraten. Die Stabilität unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage wird nicht zur Plattform des Kampfes der Parteien werden. Wir müssen das Reich und das Leben der Nation retten. Das steht höher als die Wahlagitation. Alles was die Regierung getan hat, war für das Wohl von Reich und Volk getan.

Die Rede des Reichskanzlers wurde vom Haus ruhig aufgenommen. Die bürgerlichen Parteien zollten dem Reichskanzler reichlichen Beifall. Am Schluß seiner Ausführungen waren nur bei der äußersten Linken vereinzelte Rufe des Widerspruchs zu bemerken.

In der Aussprache, für die die Redezeit auf eine und eine Viertelstunde verlängert wurde, nimmt als erster das Wort

Abg. **Müller-Franken** (Soz.):

Er erklärt, wenn der Reichskanzler von der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gesprochen habe, so nimmt die Regierung hoffentlich nicht an, daß eine Partei sich durch solche Aeußerungen irgendwie in ihrer sachlichen Stellungnahme werde beeinflussen lassen. Keine Regierung, welcher politischen Stellung sie auch angehört, wird die erforderliche Erfüllungspolitik vermeiden können. Die Politik der Rechten will die Lasten der Reparationen auf die Arbeiter abwälzen. Die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wünschen wir. Die Handhabung des Ausnahmezustandes und Ermächtigungsgesetzes gab Anlaß zu scharfer Kritik. Man kann aber der Republik wirklich nicht den Vorwurf machen, daß sie zuviel Republikaner und Demokraten in die Verwaltung gebracht hätte. Der Redner wünscht, daß für die abgebauten Beamten eine Instanz geschaffen werde, an die sie sich wenden können. Die Hungergehälter der Beamten bedürfen der Aufbesserung. Wir fordern, daß in der Aufdeckung gesetzwidriger Zustände kein Landesverrat erblickt werden darf. Die Regierung muß endlich das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren. Die Kosten für den Ausnahmezustand seien ungeheuer groß.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

weist die Angriffe zurück, wonach die Regierung die Sozialpolitik abbauen wolle. Die furchtbare wirtschaftliche Not nötige zur Sparsamkeit, auch auf sozialem Gebiet. Ich halte die Notwendigkeit der Sozialpolitik nach wie vor aufrecht, vor allem bleibt das Gebiet des Arbeiterrechts und des Tarifrechts unberührt. Nur sehr wenige Nationen hätten das Washingtoner Arbeitszeitabkommen unverändert angenommen. Dem Arbeitsministerium liege nichts ferner, als den Zehnstundentag zur Regel zu machen. Er habe sich stets bemüht, die schwierige Lage der Arbeiter zu erleichtern. An eine bestimmte Lohnhöhe habe er sich nie gebunden. Auf den Personalabbau habe er seit Jahren gedrängt.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Die akute Reichstagskrise.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Febr. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Regierung die Auflösung des Reichstages herbeiführen werde, falls der Reichstag irgendwie an der Notverordnung rühre, hat natürlich die schwebende Reichsragskrise in den Vordergrund des Interesses gerückt. Im allgemeinen glaubt man, daß der Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung keinen Anstoß zur Reichstagsauflösung geben werde, denn die Sozialdemokraten sind entschlossen gegen diesen Antrag zu stimmen. Anders dagegen ist es mit den Anträgen der Sozialdemokraten. Es ist möglich, daß die Deutschnationalen, um die von ihnen gewünschte Reichstagsauflösung herbeizuführen, für diesen oder jenen Antrag der Sozialdemokraten stimmen und damit dem sozialdemokratischen Antrag zur Mehrheit verhelfen werden. Damit wäre der vom Reichskanzler heute angezogene Fall der Auflösung des Reichstages gegeben.

In sozialdemokratischen Kreisen betont man aber, daß der Zweck der sozialdemokratischen Anträge nicht eine Auflösung des Reichstages sei und daß man daher, um den Deutschnationalen nicht zu Hilfe zu kommen, bereits erwägt, die selbstgestellten Anträge nur mit soviel Abgeordneten zu unterstützen, daß bei einer Abstimmung keine Mehrheit herauskommt, d. h. die Sozialdemokraten wollen, wenn sie merken, daß die Deutschnationalen keinen ihrer Anträge unterstützen, einen großen Teil ihrer Fraktionsmitglieder aus dem Saale schicken. Auch dieser zweite Fall hat also weniger Aussichten. Der dritte und wahrscheinlichste Fall ist jedoch der, daß die Regierungsparteien am Schlusse der Aussprache ein Vertrauensvotum einbringen werden. Ein solches Vertrauensvotum dürfte, soweit sich die Dinge jetzt überblicken lassen, keine Mehrheit erhalten, da sowohl die Deutschnationalen und Deutschvölkischen wie auch die Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen stimmen werden. In Abgeordnetenkreisen rechnet man mit diesen letzten Fällen, jedoch glaubt man, daß die Auflösung des Reichstages nicht jetzt erfolgen werde, sondern formell am 5. April und daß Diäten und Freifahrkarten bis zum Stimmtag weiter laufen sollen. Am 6. April könnten dann die Neuwahlen stattfinden.

Neuwahl auch des Reichspräsidenten?

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Febr. Die Deutschnationalen brachten einen Antrag ein, daß gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Reichstag auch die Neuwahl eines Reichspräsidenten stattfinden solle.

—(*)—

Die zurückgeschickte Pfalz-Note.

Paris, 26. Febr. Zu dem mehr als 40 Seiten umfassenden Dokument, das am Mittwoch nachmittag am Quai d'Orsay in der Frage der Rheinpfalz übermittelt wurde, wird von seiten der deutschen Botschaft versichert, daß es lediglich Beweismaterial über die separatistenfreundlichen Umtriebe der französischen Behörden in der Pfalz enthalte. Herr v. Hoesch wurde von dem politischen Direktor des Quai d'Orsay bedeutet, daß die französische Regierung mit ihrem Brief vom 7. Februar die Aussprache über die Rheinpfalz als abgeschlossen betrachte. Am Donnerstag ist diese Auffassung dem deutschen Botschafter schließlich bestätigt und gleichzeitig die deutsche Note an ihn zurückgeschickt worden.

Monsignore Testa in der Pfalz.

Msgr. Testa besuchte Ende vergangener Woche Germersheim und Landau und hierauf Pirmasens und Zweibrücken. Den politischen Gefangenen stattete er Besuche ab. In dieser Woche begibt sich der Prälat nach Kaiserslautern

Badische Finanzfragen.

Der Herr Staatspräsident und Finanzminister Dr. Köhler hat in einer Besprechung, zu der er Vertreter der Karlsruher Presse an Dienstag einlud, etwa folgende Mitteilungen von allgemeinem Interesse gemacht:

Der für die Zeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924 aufgestellte Goldetat sah die stärkste Anspannung aller staatlichen Einnahmen und die größte Einschränkung aller Ausgaben vor. Ein solch durchgreifendes Verfahren war absolut notwendig, um das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben zu erreichen; denn an die Aufnahme eines Anlehens zur Deckung der überschießenden Ausgaben war und ist auch in der nächsten Zeit nicht zu denken, schon deshalb, weil die für solche Zwecke früher zur Verfügung gestandenen Sparkapitalien zur Zeit noch vollständig fehlen.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat sich das Vorgehen der badischen Finanzverwaltung durchaus bewährt, obwohl, was bei jeder Schätzung ganz natürlich ist, sich verschiedene Etatposten in der Praxis zum Teil ganz gewaltig verschoben haben. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Abschluß auf Ende des Rechnungsjahres, also den 31. März 1924, im Gleichgewicht sein wird.

Ein gewisses Aufsehen haben in der letzten Zeit Artikel erregt, die unter der sensationellen Ueberschrift „Ein verhängnisvoller Rechenfehler des Finanzministers" erschienen sind. Es wurde behauptet, dem Finanzminister sei bei der Berechnung der Anforderungen für die Erwerbslosenfürsorge ein Rechenfehler insofern unterlaufen, als der angeforderte Betrag von 16 Millionen viel zu hoch angesetzt und ohne Berücksichtigung der Beiträge des Reiches und derjenigen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer errechnet worden sei. Daraus wurde dann gefolgert, daß auch der zur Deckung des Gesamtdefizits im Goldetat ausgeschriebene Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zu hoch und deshalb alsbald zu ermäßigen sei. In Rundschreiben von Interessenten wurde sogar behauptet, der Finanzminister habe sich damit absichtlich Steuererträgnisse auf Vorrat schaffen wollen. Wie verhält sich die Angelegenheit in Wirklichkeit?

Zunächst stehen die Anforderungen für die Erwerbslosenfürsorge nicht im Etat des Finanzministers, sondern in dem des Arbeitsministeriums, wie ein Blick in den Goldetat beweist. Für die Aufstellung seines Etats ist jeder Minister selbst verantwortlich. Das Arbeitsministerium erklärt zu den obengenannten Beanstandungen, daß in den Tagen, wo das Arbeitsministerium mit der Aufstellung des Voranschlags beschäftigt war, die Zahl der Erwerbslosen von 72 000 auf 85 000 gestiegen sei; alle damals Anfang November mit der Wirtschaft befaßten Kreise seien der Meinung gewesen, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen werde, zumal die Stillegung einiger Großbetriebe in sicherer Aussicht stand. Den Berechnungen für die Anforderungen im Etat sei deshalb eine Erwerbslosenziffer von 120 000 zugrunde gelegt worden. Glücklicherweise sei die Zahl 85 000 aber nur ganz vorübergehend noch überschritten worden. Die Zahl der Erwerbslosen habe infolge der eingetretenen leisen Besserung im Wirtschaftsleben vom Dezember 1923 an stetig abgenommen, nicht zuletzt auch durch die Maßnahmen, die auch der badische Staat ergriffen hatte. So wurden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom Staat mit einem Aufwand von rund 2 Millionen Kulturverbesserungen im ganzen Lande eingeleitet, für die Fortführung der angefangenen Wohnungsbauten 1 Million zur Verfügung gestellt und zur Weiterführung der Arbeiten im Neckar bei Wieblingen und Ladenburg und für den zweiten Ausbau des Murgwerkes rund 500 000 Mark ausgeworfen. Durch all diese Maßnahmen, verbunden mit einer schärferen Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosen, sei der Aufwand für die Fürsorge zu Gunsten der Erwerbslosen fortgesetzt erfolgreich herabgedrückt worden. Die Ersatzbeträge des Reichs seien bei der Etatanforderung keineswegs unberücksichtigt geblieben, sondern im vollen Betrage bei der Berechnung des dem Lande Baden verbleibenden Gesamtbetrags eingestellt worden. Ebenso seien auch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer recht wohl in Rechnung gestellt. Sie seien allerdings mit Rücksicht auf die angenommene weiter zunehmende Erwerbslosigkeit nur niedrig angesetzt worden. Die Eingänge hätten sich erfreulicherweise über Erwarten günstig entwickelt; dies rühre von dem Rückgang der Zahl der Erwerbslosen und der infolgedessen zunehmenden Zahl von Arbeitenden her und besonders auch von der in Baden schon gut durchgeführten Organisation der Arbeitsnachweis-Einrichtungen. Der vom Arbeitsministerium für die Erwerbslosenfürsorge ursprünglich angeforderte Betrag von 16 Millionen werde deshalb wohl nur zur Hälfte nötig werden. Soweit das Arbeitsministerium.

Aber werden die hiernach verbleibenden 8 Millionen wirklich erspart? Darauf muß der Finanzminister leider mit einem entschiedenen Nein antworten. Die Besoldung der badischen Beamten ist im Goldetat nach dem Stand vom 1. November zum damaligen Kurs in Goldmark umgerechnet in den Voranschlag eingestellt worden. Erst nach der Fertigstellung des Etats sind die heutigen Goldgehälter bekannt geworden. Diese sind etwas höher als die im Goldetat vorgesehenen Beträge. Der Mehraufwand für die ganze Staatsverwaltung beträgt etwa 2 Millionen Mark. Weiter war bei der Aufstellung des Etats angenommen, daß das Reich auch künftig 75 Prozent der Besoldung der badischen Beamten tragen werde. Durch die Steuernotverordnung ist hier leider eine grundlegende Aenderung eingetreten. In Wirklichkeit belief sich die Zuschußleistung des Reiches im Januar nur auf 42 Prozent, im Februar auf nur 28 Prozent und sie wird im März nur noch 14 Prozent betragen. (Ab 1. April 1924 fallen die Reichszuschüsse bekanntlich vollständig weg.) Durch diese Maßnahme des Reiches entsteht im Goldetat ein Einnahmeausfall von 3,8 Millionen. Die Grund- und Gewerbesteuer wird infolge der Krisis in der Industrie einen Minderbetrag von mindestens 3 Millionen bringen, wie sich heute schon übersehen läßt. Außerdem sind durch die hohen Gebäudeversicherungsbeiträge und dadurch, daß die Preise verschiedener Bedarfsartikel für die staatlichen Anstalten noch weit über dem Friedenspreis stehen, Ueberschreitungen der Etatsätze um über 1 Million entstanden. Der Ersparnis bei der Erwerbslosenfürsorge in Höhe von rund 8 Millionen stehen deshalb jetzt schon Mindereinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von rund 10 Millionen Goldmark gegenüber.

Die Aufbringung der Mittel für die Fortführung der staatlichen Aufgaben macht deshalb für die Finanzverwaltung täglich und fortgesetzt die größten Anstrengungen notwendig. Sie kann daher wirklich nicht seit Wochen schlafen, wie ein oberbadisches Blatt gemeint hat. Ebenso kann aber auch von einer Ermäßigung der Grund- und Gewerbesteuer keine Rede sein. Man sollte angesichts dieser Sachlage mit Vorwürfen wirklich vorsichtiger sein, insbesondere auch angesichts der unbestreitbaren Feststellungen, daß — gewiß infolge der sich überstürzenden Inflation — bei manchen Kreisen bis in den Herbst 1923 hinein von wirklichen Steuerleistungen doch tatsächlich keine Rede war. Die badische Finanzverwaltung steht durch ihre engen Beziehungen zu verschiedenen Wirtschaftsunternehmungen und durch eigene große Wirtschaftsbetriebe dem Wirtschaftsleben durchaus nicht fern. Sie wird bei ihren steuerlichen Maßnahmen selbstverständlich auf die Vorgänge und Verhältnisse unseres komplizierten Wirtschaftskörpers jede vertretbare Rücksicht nehmen. Aber oberster Leitsatz muß und wird für sie sein: Gerechtigkeit über alles.

Wie der Etat für 1924 aussehen wird, läßt sich im Augenblick mit Sicherheit noch nicht übersehen. Ich hoffe in der ersten Hälfte des Monats März die großen Abschlußzahlen zur Verfügung stellen zu können. Aber über eines muß man sich dabei heute schon überall klar sein: die Beamtenbezüge müssen alsbald erhöht werden. Die jetzigen Einkommen unserer Beamten sind einfach nicht mehr länger haltbar. Ich habe in den letzten Tagen dem Herrn Reichspräsident persönlich meine großen Bedenken über die jetzige Beamtenbesoldung zum Ausdruck gebracht. Das badische Staatsministerium hat beim Reichsfinanzminister eindringliche Vorstellungen wegen alsbaldiger Erhöhung dieser Bezüge — spätestens auf 1. April d. Js. erhoben. Dabei ist für uns ganz selbstverständlich, daß die Ruhegehalte, Wartegelder und Witwengelder automatisch an der Erhöhung teilnehmen.

—(*)—

Baden.

Durchschaut!

In einer Entschließung, die am 26. Februar in der Deutschen Bodenseezeitung veröffentlicht wird, nimmt der katholische Klerus des Seekreises Stellung gegen den Brief eines angeblich katholischen Pfarrers in der Breisgauer Zeitung, der scharfe Angriffe gegen den Erzbischof, die Kirchenbehörde und die Zentrumspartei enthält. Die Erklärung des Klerus die am 25. Februar auf einer Konferenz der Geistlichkeit des Seekreises in Konstanz gefaßt wurde, lautet:

„Der Klerus des Seekreises weist mit Entrüstung die böswilligen, wahrheitswidersprechenden und ungerechten Verdächtigungen gegen die verehrungswürdige Person des Herrn Erzbischofs zurück. Der Klerus des Seekreises kennt weder ein Links- noch ein Rechtszentrum, sondern nur die badische Zentrumspartei und das deutsche Reichszentrum, weiß, daß Kirche und Vaterland der Zentrumspartei viel zu verdanken haben. Deshalb lehnt er alle Bestrebungen, die auf eine Zersplitterung der Katholiken im öffentlichen Leben hinauslaufen mit aller Entschiedenheit ab. Das gilt auch für die verschiedenen Machenschaften der Presse des Seekreises. Der Klerus des Seekreises spricht den Führern der Zentrumspartei, besonders dem hochverdienten Herrn Prälaten Dr. Schofer, das vollste Vertrauen aus. Der ergebliche Geistliche will einen Gegensatz konstruieren zwischen der politischen Einstellung des älteren und des jüngeren Klerus der Erzdiözese. Der Klerus des Seekreises kennt einen solchen Gegensatz nicht besonders heute nicht, wo bereits die Sturmzeichen eines neuen Kulturkampfes am politischen Himmel auftauchen. Er ist überzeugt, daß die angehenden Theologen des Konvikts in Freiburg auf den deutschnationalen Lockruf nicht hereinfallen. Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt der Erwerb der Freien Stimme durch den Bodenseeadel und einige ergebene Herren eine besondere politische Beleuchtung. Es handelt sich ohne Zweifel und den Versuch, einen Keil in die Geschlossenheit des katholischen Volkes hin zutreiben. Wir werden diesen konzentrischen Sturmangriff zu parieren wissen."

Die Unwahrheit fordert die Wahrheit, die Unvernunft die Vernunft heraus. So hat die Unwahrheit und Unvernunft des von uns in der Sonntagsnummer des Bad. Beob. behandelten von Herrn General von Chrismar in der Breisg. Ztg. veröffentlichten Briefes eines Geistlichen die aus der Entrüstung entstandene Erklärung der Geistlichen des Seekreises hervorgerufen. In dem genannten Brief heißt es u. a., die Zahl der „rechtsgerichteten Katholiken" sei auch

„in Baden, nicht zuletzt unter dem Klerus, viel größer als es den Anschein hat, da das Linkszentrum die ganze Presse in der Hand hat. Am auffälligsten ist der Umschwung beim ganz jungen Klerus und bei den Theologen, hier bricht der aristokratisch monarchische Gedanke mächtig durch. Wie ich an einem Theologen meiner Gemeinde beobachtete, ist es mit der Schofer-Anbetung, mit der Schwärmerei für Erzberger und Wirth im theologischen Konvikt zu Freiburg vorüber."

Darauf beziehen sich die betr. Sätze der zitierten Erklärung. Der Briefschreiber treibt mit solchen Behauptungen gröbste Stimmungsmache — ganz abgesehen davon, daß sich kein Kundiger durch die vorgehaltene Maske des Pfarrers einer Pfarrgemeinde täuschen lassen wird. Aus Freiburger Studentenkreisen wird uns versichert, daß die theologische Studentenschaft erstaunt sei über die tendenziöse Kennzeichnung, die ihr in dem Brief zuteil wird und daß sie sich das nicht stillschweigend gefallen lassen will. Wenn der Briefschreiber behauptet, die Ideen der Wiener Zeitschrift Das Neue Reich fänden im Konvikt Anhang, so möchten wir dazu doch folgende Bemerkungen machen: Wir halten Das Neue Reich für eine wertvolle Bereicherung der katholischen publizistischen Literatur, auch wenn wir öfters ihre politischen Urteile nicht teilen oder sogar bekämpfen müssen, weil der in der praktischen Politik stehende Politiker die politischen Möglichkeiten naturgemäß anders einschätzt, als der, der sich frisch und frei im Reich der katholischen Ideen und Grundsätze ergehen kann. Wir glauben auch bemerkt zu haben, daß der Herausgeber des Neuen Reiches schon manches in dieser Hinsicht gelernt hat. Jedenfalls muß man das Neue Reich schlecht kennen, wenn man es zum Eideshelfer der Deutschnationalen machen will, die von den Ideen des Neuen Reiches, richtig verstanden, himmelweit entfernt sind. Es gehört eine geradezu beschämende Oberflächlichkeit dazu, gewisse Aeußerlichkeiten des Neue Reich mit den Bestrebungen der Deutschnationalen gemein hat, so zu verstehen, als handle es sich um innerlich gleiche Bestrebungen. Wir sind vielmehr überzeugt, daß Herr Eberle in Wien, der Herausgeber des Neuen Reiches gegen eine solche Auslegung seiner Geistesarbeit entschiedenen Widerspruch erheben würde. Kein Deutschnationaler denkt an die Durchdringung der Politik und Wirtschaft und der ganzen Kultur mit dem großartigen Ideengehalt des katholischen Christentums. Das ist aber gerade das Wesen der Arbeit Eberles und daß sich Eberle als äußere Form für seine politischen Ideen die Wiederherstellung der Monarchie der Habsburger denkt — was wir nebenbei bemerkt für eine edle Illusion Eberles halten — bringt ihn selbstverständlich in schärfsten Gegensatz zu den Deutschnationalen, die keinen stärkeren Haß als den gegen die Dynastie der Habsburger kennen, wie ihre unnoblen Angriffe und Verleumdungen des letzten Habsburger Kaisers Karl und seiner Gemahlin Zita beweisen.

Es liegt uns daran, dies hier auszusprechen gegenüber der verwirrenden und äußerst oberflächlichen Stimmungsmache des von General von Chrismar veröffentlichten Briefes. Wir freuen uns dabei über die gesunde Reaktion, die das Bekanntwerden des Freiburger Briefes bei der Geistlichkeit des Seekreises gefunden hat. Man mag auf der richtigen Spur sein, wenn man im Seekreis Zusammenhänge zwischen dem Verkauf der Freien Stimme an ein bis jetzt unbekanntes Konsortium und der Aktion des Freiburger Generals vermutet; jedenfalls ist damit der Beweis geliefert, daß man auf seinem Posten ist.

Minister Hellpach und die Philologen.

Die N. Bad. Landesztg. vom 26. Februar berichtet:

„Wie uns gemeldet wird, hat der Karlsruher Vertretertag des Badischen Philologenvereins, der am vorigen Samstag in Karlsruhe versammelt war, einstimmig die folgende Entschließung gefaßt:

„Zum Zweck der Beilegung des Meinungsstreites, welcher sich an den Artikel des Herrn Unterrichtsministers Dr. Hellpach in der Badischen Presse vom 30. Januar anknüpfte, hat der Herr Unterrichtsminister an den Vorsitzenden des Badischen Philologenverbandes, Herrn Professor Dr. Schnitzler-Mannheim, ein Schreiben gerichtet, in welchem er ausführliche Erklärungen zu diesem Artikel abgab. Der Vertretertag hat von diesen Erklärungen des Herrn Ministers mit Genugtuung Kenntnis genommen. Die Vertreter des Gaues Freiburg bedauern daraufhin, eigenmächtig in der Oeffentlichkeit gegen den Herrn Unterrichtsminister vorgegangen zu sein. Die vertrauensvollen Beziehungen zwischen dem Herrn Unterrichtsminister und der Gesamtheit des badischen Philologenstandes sind damit wiederhergestellt."

Wenn die Sache von Anfang an mit mehr Ruhe und Ueberlegung behandelt worden wäre, so hätte sich der Konflikt trotz beiderseitiger Kritik vermeiden lassen. So darf man wieder einmal fragen: Warum geht's denn jetzt?

—(*)—

Amtliche Nachrichten.

Eiserne Kreuze. Das Reichswehrministerium, das die seit mehr als zwei Jahren ausgesetzten Restverleihungen des Eisernen Kreuzes mit größter Beschleunigung durchführen wird, gibt bekannt, daß nur noch Gesuche von Frontsoldaten behandelt werden die vor dem 1 Dezember 1919 zum Eisernen Kreuz vorgeschlagen waren. Neue Gesuche, auch wenn ihnen Bescheinigungen des Feldvorgesetzten über einen bereits im Felde erfolgten Vorschlag beiliegen, werden von den Militärdienststellen und vom Reichswehrministerium nicht mehr angenommen und ausnahmslos den Gesuchstellern zurückgegeben Verleihungen für Heimatsdienst erfolgen in keinem Fall mehr, sie sind längst abgeschlossen. Berufungen gegen die Entscheide der Militärbefehlshaber oder des Reichswehrministeriums sind in keiner Form zulässig und werden auf keinem Wege in Bearbeitung genommen.

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

16) (Fortsetzung)

„Sie lebe hoch! Bravo!" schallte es in der Runde und der Empfangsredner erwiderte die Ansprache und begrüßte die eigentümliche und sprechende Erscheinung der Alten. „Ja," schloß er, „mögen unsere Feste nie etwas Schlechteres werden, als eine Sittenschule für die Jungen, der Lohn eines reinen öffentlichen Gewissens und erfüllter Bürgertreue und ein Verjüngungsbad für die Alten! Mögen sie eine Feier bleiben unverbrüchlicher und lebendiger Freundschaft im Lande von Gau zu Gau und von Mann zu Mann! Euer, wie ihr ihn nennt, namen- und statutenlose Verein, ehrwürdige Männer, lebe hoch!"

Abermals wurde das Lebehoch ringsum wiederholt und unter allgemeinem Beifall das Fähnchen zu den übrigen auf die Zinne gesteckt. Hierauf schwenkte das Trüppchen der Sieben ab und stracks nach der großen Festhütte, um dort sich durch ein gutes Frühstück zu erholen, und kaum waren sie angelangt, so schüttelten alle ihrem Redner die Hand und riefen: „Wie aus unserm Herzen gesprochen! Hediger, Chäppermann! das ist gutes Holz an deinem Buben, der wird gut, laß ihn nur machen! Grad wie wir, nur gescheiter, wir sind alte Esel; aber unentwegt geblieben, nur fest Karl!" usf.

Frymann aber war ganz verblüfft; der Junge hatte gerade gesagt, was ihm selbst hätte einfallen sollen, statt sich mit den Jesuiten herumzuschlagen. Auch er gab Karl freundschaftlich die Hand und dankte ihm für die Hilfe in der Not. Zuletzt trat der alte Hediger zu seinem Sohne, nahm ebenfalls seine Hand, richtete scharf und fest sein Auge auf ihn und sagte:

„Sohn! Eine schöne, aber gefährliche Gabe hast du verraten! Pflege sie, baue sie, mit Treue, mit Pflichtgefühl, mit Bescheidenheit! Nie leihe sie dem Unechten und Ungerechten, dem Eiteln und dem Nichtigen; denn sie kann wie ein Schwert werden in deiner Hand, das sich gegen dich selbst kehrt oder gegen das Gute, wie gegen das Schlechte! Sie kann auch eine bloße Narrenpritsche werden. Darum gradaus gesehen, bescheiden, lernbegierig, aber fest, unentwegt! Wie du uns heute Ehre gemacht hast, so denke stets daran, deinen Mitbürgern, deinem Vaterland Ehre zu machen, Freude zu machen; an dies denke, und du wirst am sichersten vor falscher Ehrsucht bewahrt bleiben! Unentwegt! Glaube nicht immer sprechen zu müssen, laß manche Gelegenheit vorbeigehen und sprich nie um deinetwillen, sondern immer einer erheblichen Sache wegen! Studiere die Menschen nicht, um sie zu überlisten und auszubeuten, sondern um das Gute in ihnen aufzuwecken und in Bewegung zu setzen, und glaube mir: viele, die dir zuhören, werden oft besser und klüger sein, als du, der da spricht. Wirke nie mit Trugschlüssen und kleinlichen Spitzfindigkeiten, mit denen man nur die Spreuer bewegt; den Kern des Volkes rührst du nur mit der vollen Wucht der Wahrheit um. Darum buhle nicht um den Beifall der Lärmenden und Unruhigen, sondern sieh auf die Gelassenen und Festen, unentwegt!"

Kaum hatte er diese Rede geendigt und Karls Hand losgelassen, so ergriff sie schnell Frymann und sagte:

„Gleichmäßig bilde deine Kenntnisse aus und bereichere deine Grundlagen, daß du nicht in leere Worte verfallest! Nach diesem ersten Anlaufe laß nun eine geraume Zeit verstreichen, ohne an dergleichen zu denken! Wenn du einen glücklichen Gedanken hast, so sprich nicht, nur um diesen anzubringen, sondern lege ihn zurück; die Gelegenheit kommt immer wieder, wo du ihn reifer und besser verwenden kannst. Nimmt dir aber ein anderer diesen Gedanken vorweg, so freue dich darüber, statt dich zu ärgern, denn es ist ein Beweis, daß du das Allgemeine gefühlt und gedacht hast. Bilde deinen Geist und überwache deine Gemütsart und studiere an andern Rednern den Unterschied zwischen einem bloßen Maulhelden und zwischen einem wahrhaftigen und gemütreichen Manne! Reise nicht im Land herum und laufe nicht auf allen Gassen, sondern gewöhne dich, von der Feste deines Hauses aus und inmitten bewährter Freunde den Weltlauf zu verstehen; dann wirst du mit mehr Weisheit zur Zeit des Handelns auftreten, als die Jagdhunde und Landläufer. Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein witziger Hausknecht, noch wie ein tragischer Schauspieler, sondern halte dein gutes natürliches Wesen ein und dann sprich immer aus diesem heraus. Ziere dich nicht, wirf dich nicht in Positur, blick' bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Versammlung belauernd! Sag' nicht, du seiest nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Weise kennen und es sogleich merken! Und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, Beifall einzusammeln, strahle nicht von Selbstzufriedenheit, sondern setze dich still an deinen Platz und horche aufmerksam dem folgenden Redner. Die Grobheit spare wie Gold, damit, wenn du sie in gerechter Entrüstung einmal hervorkehrst, es ein Ereignis sei und den Gegner wie ein unvorhergesehener Blitzstrahl treffe! Wenn du aber denkst, je wieder mit einem Gegner zusammen zu gehen und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüte dich davor, ihm im Zorne das Aeußerste zu sagen, damit das Volk nicht rufe: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!"

Also sprach Frymann, und der arme Karl saß ob all den Reden erstaunt und verdonnert und wußte nicht, sollte er lachen oder sich aufblasen. Aber Syfrig der Schmied rief:

„Da seht nun diese zwei, die nicht für uns sprechen wollten und nun wieder reden, wie die Bücher!"

„So ist es! sagte Bürgi, „aber wir haben dadurch neuen Zuwachs bekommen, einen kräftigen jungen Schößling getrieben! Ich beantrage, daß der Junge in unsern Kreis der Alten aufgenommen werde und fortan unsern Sitzungen beiwohne!

„Also sei es!" riefen alle und stießen mit Karl an; der leerte etwas unbesonnen sein volles Glas, was ihm jedoch die Alten in Betracht der aufgeregten Stunde hingehen ließen, ohne zu murren.

Nachdem die Gesellschaft sich durch das Frühstück hinlänglich von ihrem Abenteuer erholt, zerstreute sie sich. Die einen gingen, ein paar Schüsse zu probieren, die andern den Gabensaal und die übrigen Einrichtungen zu besehen, und Frymann ging, seine Tochter und die Frauen zu holen, bei denen sie zu Gast war; denn zum Mittagessen wollten sich alle wieder an dem Tische finden, der ziemlich in der Mitte der Halle und im Bereich der Tribüne gelegen war. Sie merkten sich die Nummer und gingen höchst wohlgemut und aller Sorgen ledig auseinander.

(Fortsetzung folgt.)

—(*)—

Badischer Landtag.

Die Glaubensfreiheit und der Religionsunterricht in der Verfassung.

Karlsruhe, 26. Februar. Bei der Weiterberatung im Verfassungsausschuß des Landtags wurde der Grundsatz der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit aufrechterhalten und noch folgende neue Bestimmung beschlossen:

„Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen, oder eine gesetzlich geordnete statistische Erhebung dies erfordert."

Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird auch in der neuen Verfassung gewährleistet und der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche bleibt bestehen.

Bei der Beratung des § 19 kam es zu längeren Auseinandersetzungen. Die von den Parteien zur Vorberatung eines Verfassungsentwurfs eingesetzte Kommission hatte in Uebereinstimmung mit Artikel 149 der Reichsverfassung dem § 19, der die Erteilung des Religionsunterrichts regelt, folgende Fassung gegeben:

„Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat."

Das Zentrum beantragte hierzu, daß: „keine Gemeinde wider ihren Willen zur Uebernahme oder Weiterverwendung von Lehrkräften, die Religionsunterricht zu erteilen nicht in der Lage sind, gezwungen werden dürfen." — Die Deutschnationalen stellten hierzu folgenden Zusatzantrag: „wenn die Erteilung des Religionsunterrichts nicht durch andere Lehrkräfte in der Gemeinde gewährleistet ist."

Die Vertreter der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei erklärten sich gegen diese Anträge. Derartige Spezialbestimmungen seien im Schulgesetz zu regeln. Der Zweck der Verfassungsrevision sei in erster Linie, die Badische Verfassung mit der Reichsverfassung in Uebereinstimmung zu bringen. Ueberdies sei festgestellt, daß durch die bisherigen Verfassungsbestimmungen nur in ganz verschwindend wenigen Fällen Schwierigkeiten eingetreten seien. Der Antrag des Zentrums und der Deutschnationalen wurde mit 6 gegen 6 Stimmen (Sozialdemokraten, Demokraten, D. Volkspartei und Kommunisten) abgelehnt; dagegen wurde folgender Antrag angenommen: „Die Erteilung des erforderlichen Religionsunterrichts in den Gemeinden ist gesetzlich sicherzustellen."

—(*)—

Karlsruhe.

Sterne und Blumen.

Den Anlaß des Wiedererscheinens unserer belletristischen Beilage Sterne und Blumen benützt eine alte Mitarbeiterin zu folgendem poetischem Gruß:

Sterne und Blumen . . . Himmel und Erde,
Nun wieder erschienen, wieder erstand.
Herzlich willkommen, Freund alter Zeiten,
Ehrfürchtig wohl fast wir bieten die Hand.
— Duftende Blumen . . . leuchtende Sterne —
Wie funkelnder Lichtstrahl fielst du ins Haus,
Langvermißter nun fülle die Lücken,
Grüß Gott lieber Freund, wie lang bliebst du aus!
Wie Lazarus einst bist du erstanden,
Erweckt in Ernen'rung zur Lebenskraft;
Gesegnete Stund . . . Dank kühnen Mannen,
Die dich befreiet aus zeitlicher Haft.
Bleib Gast, bleib Hausfreund, viellieber Wandrer,
Tempi passati so vieles umschließt.
Viel Glück auf den Weg, stets offne Pforten,
Freund alter Zeiten, im Lied sei gegrüßt!

Karlsruhe. A. Eberhard.

Kathol. Presseverein, Arbeitsausschuß Mühlburg. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, Sitzung im Kathol. Vereinshaus zur Westendhalle.

Eine Schneelandschaft machte der scheidende Hornung den erstaunten Karlsruhern zum Geschenk. Am Montag morgen hatte Schneefall eingesetzt, der Schnee hatte aber keine lange Lebensdauer und fiel dem unter Tags einsetzenden Tauwetter zum Opfer. Nachts aber setzte ein so starkes Schneetreiben ein daß der Dienstag wie ein Traum aus dem tiefsten Winter erschien. Die Waldumgebung der Stadt zeigt das schönste Winterbild. Den Schlittenfahrern kommt dieses Wetter natürlich wie gewünschen, auch den übrigen Wintersportlern. Mit Angst und Grauen denkt man aber an die Folgen, die entstehen, wenn diese Schneemassen schmelzen. Aber man nähme das alles doch gern in Kauf, wenn man dafür nur die Gewißheit hätte, daß später das Wetter alle Sonntagsnachmittagsspaziergangsabsichten und sonstige Fahrtenpläne begünstigt.

Promenadekonzert auf dem Schloßplatz. Wie uns der Verkehrsverein mitteilt, veranstaltet die frühere Leibgrenadierkapelle (jetzige Kapelle des Reichswehr-Infanterie-Bataillons Nr. 14 in Konstanz) unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Walter Bernhagen am nächsten Freitag, mittags von 12—1 Uhr, bei günstiger Witterung ein öffentliches Promenadekonzert auf dem Schloßplatz. Es wird auf diese Weise allen den zahlreichen Verehrern der Kapelle, die nicht Gelegenheit haben, das am gleichen Tage abends in der Festhalle zu Gunsten des Baufonds für ein Leibgrenadier-Denkmal stattfindende Konzert zu besuchen, die Möglichkeit geboten, die Kapelle nach langer Zeit wieder einmal in Karlsruhe zu hören. Welcher Beliebtheit sie sich bei den Karlsruhern erfreut, möge daraus hervorgehen, daß sie bei ihrem letzten Promenadekonzert in Karlsruhe einen Zuhörerkreis von etwa 20 000 Personen um sich versammelte.

Wichtige Bestimmungen für den Empfang von Postsachen. Ueber die Aushändigung von Wertbriefen, Paketen, Post- und Zahlungsanweisungen an unbekannte Empfänger war bisher bestimmt, daß sich der Empfänger durch genügende Ausweispapiere und durch das Zeugnis einer bekannten, vertrauenswürdigen und zahlungsfähigen Person auszuweisen hatte. Bei Einschreibsendungen und bei Wertsendungen, Post- und Zahlungsanweisungen bis 200 Rentenmark genügte es, wenn der Empfänger ein Ausweispapier vorzeigen oder einen Zeugen stellen konnte. Diese Vorschriften sind dahin geändert worden, daß allgemein, also auch bei Wertsendungen, Post- und Zahlungsanweisungen über höhere Beträge, nur noch einer von den beiden Ausweisen gefordert wird, also entweder ein vollgültiges Ausweispapier oder das Zeugnis einer bekannten, vertrauenswürdigen und zahlungsfähigen Person. Als vollgültige Ausweispapiere gelten außer der Postausweiskarte nur solche von Behörden zur bestimmte Personen ausgestellte Papiere, die eine Personbeschreibung ein beglaubigtes Lichtbild und die eigenhändige Unterschrift des Inhabers tragen. Die Bestimmungen sind besonders für Personen, die auf Reisen sind, sehr wichtig. Die Unkenntnis hat schon manchem, weil er seine Postsendungen nicht bekommen konnte, große Verlegenheiten bereitet. Solche werden am besten vermieden, wenn man sich vor Antritt einer Reise eine Postausweiskarte bei seinem Postamt ausstellen läßt.

Oberpostdirektion Karlsruhe. Als Amtsnachfolger des in den vorläufigen Ruhestand tretenden Präsidenten der Oberpostdirektion Karlsruhe Herrn Karl Weiland, ist der Oberpostrat Franz Laemmlein hier bestimmt und mit der Verwaltung der Oberpostdirektion vom 1. April ab beauftragt worden. — Der Genannte ist Badener von Geburt, im hiesigen Bezirk in den höheren Postdienst eingetreten und nach Ablegung der höheren Verwaltungsprüfung als Bezirksaufsichtsbeamter bei der Oberpostdirektion in Magdeburg und als Postrat bei der Oberpostdirektion in Kiel, Darmstadt und Karlsruhe verwendet gewesen. In Karlsruhe hat er das Referat für Bauverwaltungsangelegenheiten und sodann das für Personalsachen (höheren und mittleren Dienst) bearbeitet. Vom 1. April 1920 ab erfolgte seine Beförderung zum Oberpostrat. Seit 1. Oktober 1923 ist er mit der Leitung der Geschäftsabteilung für die gesamten Personalangelegenheiten beauftragt. Während des Weltkrieges ist Oberpostrat Laemmlein als Armeepostdirektor in Rußland (Woyrsch-Armee) und in Frankreich (18. Armee von Hutier) tätig gewesen.

Der Grund- und Hausbesitzerverein hält am Donnerstag, 28. Februar, im Saale 3 der Brauerei Schrempp seine Generalversammlung ab. (Siehe Anzeige.)

Der Baden-Dollar. Zu der Nachricht, daß Falschstücke der Baden-Dollarscheine im Umlauf seien wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß diese Nachricht durchaus unrichtig ist.

In den Ruhestand! Der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Schulz, wird auf 1. April ds. Js. in den Ruhestand treten. Ueber die Person seines Nachfolgers ist noch nichts bekannt.

Ein Kaminbrand entstand am Montag vormittag 9 Uhr durch Selbstentzündung von Glanzruß in einer Villa der Leopoldstraße. Die Feuerwache konnte den Brand nach einstündiger Tätigkeit löschen. Schaden ist nicht entstanden.

Diebstahl. In der Zeit vom 23. bis 25. ds. Mts. wurde durch unbekannten Täter an einer hiesigen Buchhandlung ein Auslagekasten erbrochen. Dem Dieb fielen 8 Bücher in die Hände.

Veranstaltungen.

Alfons Simon, der Münchener Experimentalpsychologe, bereitete am Montag den Besuchern seines Vortrages, die zahlreich erschienen waren, wieder einen lehrreichen Abend. Er behandelte das Problem der Charakter-Beurteilung aus der Hand, den Fingern, Formen und Linien. Seinen gewandten Darlegungen, die wir hier nicht ausführlicher skizzieren können, gab er eine solide wissenschaftliche Fundamentierung. Die Wahrsagerei mittels der Handlesekunst bezeichnete er als Täuschung. Zahlreiche Lichtbilder illustrierten die Theorie des Experimental-Psychologen. Es folgten Versuche mit Damen und Herren, die charakteristische Handformen und Linien aufwiesen, und mit verblüffender Sicherheit offenbarte Herr Simon dabei seine Menschenkenntnis durch die Handlesekunst. Soweit man übersah, bestätigten die Versuchspersonen meist die Richtigkeit seiner Diagnose. Herr Simon, der aus Seesbach bei Lahr stammt und seit Jahren in München seinen Wohnsitz hat, wird bald wieder hier auftreten.

Schwarz-Rot-Ball. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, stellt der Karlsruher Fußballverein mit seiner Veranstaltung am 8. März genußreiche Stunden in Aussicht. Im Vordergrund steht wohl der Ball, der sich in in der von Herrn Direktor Burkard zu einem Zukunftsbild eines Sportplatzes ausgestalteten Festhalle abwickeln wird. Das Leben und Treiben bequem zu betrachten, bietet die aus dem Podium geschaffene Tribüne die beste Gelegenheit. Auf dieser befindet sich auch das Spielzimmer mit Rößlespiel. Im kleinen Saal wartet das Schwarz-Rot-Cabarett in bester Zusammensetzung mit Künstlern des Landestheaters auf, der Wintergarten wird nicht der Anziehungskraft entbehren, auch der Sekt- und Likörstube wird gewisses Interesse entgegengebracht werden. Bei der Vervollständigung des Programms durch eine Jazzbande und der Schrammelmusik im Viertunnel ist der Reichhaltigkeit jedenfalls soweit Rechnung getragen, daß alle Besucher Befriedigung ihrer Wünsche finden können. Als Anzug ist Balltoilette (jedenfalls dunkler Anzug) vorgeschrieben. Daß die Nachfrage nach Eintrittskarten bereits stark eingesetzt hat, ist ein Hinweis, sich rechtzeitig einzudecken, da nur eine bestimmte, beschränkte Anzahl zur Ausgabe gelangen kann. Für Straßenbahnverbindung nach Schluß (2 Uhr) ist gesorgt. Vorverkaufsstellen sind im Anzeigenteil ersichtlich. (Siehe Inserat!)

Wetterbericht

Das mitteldeutsche Tiefdruckgebiet liegt heute früh mit seinem Zentrum unmittelbar über Baden und bringt verbreitete Schneefälle. Von dem skandinavischen Kältegebiet, in dem Temperaturen bis 27 Grad Kälte vorkommen, ergießen sich südwärts wieder eisige Luftmassen. Sie haben bereits Norddeutschland erreicht, wo die Kälte sich rasch verschärft.

Voraussichtliche Witterung: Nachlassen der Schneefälle, zeitweise aufheiternd scharfe nördliche Winde. — Strenger Frost in den nächsten Tagen bevorstehend!

Wasserstände des Rheins am 26. Februar: Schusterinsel 50, Kehl 177 (gest. 4), Maxau 333 (g. f. 5), Mannheim 223 (gef. 4).

Schneeberichte.

Feldberg, 25. Febr. 223 Meter Pulverschnee, Skibahn sehr gut.

Titisee, 25. Febr. Schneehöhe 90 Zentimeter, davon 15 Zentimeter Neuschnee, minus 2 Grad, Ski-, Rodel- und Eisbahn sehr gut

Höchenschwand, 25. Febr. 1 Meter pulveriger Schnee, minus 6 Grad, leichter Südwest Schneefall, Sicht sehr gut Ski- und Rodelbahn sehr gut.

Wildbad: Schneehöhe 80 Zentimeter, 15—20 Zentimeter Neuschnee, anhaltender Schneefall, 4 Grad Kälte. Skibahn ausgezeichnet.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 23. Febr.: Josef Waldmann, Mechaniker, Witwer alt 75 Jahre; Friederike Krüger, alt 39 Jahre, Ehefrau von Theod. Krüger, Maschinenarbeiter; Gertrud, alt 8 Monate 8 Tage, Vater Karl Weber, Kaufmann; Juliane Deschner, alt 87 Jahre Witwe von Wilh. Deschner, Schmiedmeister; Elisabeth Stattelmann, Näherin, ledig alt 65 Jahre; Ant. Tschann Schneidermeister, Witwer, alt 60 Jahre. — 24. Febr.: Elisabeth Schneider alt 41 Jahre, Ehefrau von Gust. Schneider, Oberrechnungsrat; Heinrich Zinnecke, Betriebsleiter Ehemann, alt 56 Jahre; Hermine alt 1 Jahr 8 Monate 8 Tage, Vater Herm. Bittmann, Kaufmann. — 25. Febr.: Theresia Dieterle, alt 70 Jahre, Witwe von Theod. Dieterle, Schreinermeister.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Bericht über den Vortrag vom 22. Februar 1924 in der Handelskammer in Karlsruhe.

Nach kurzer Begrüssung durch Herrn Kommerzienrat Gsell referiert Herr Direktor Wilh. Wolff als Mitglied der Handelskammer Pforzheim über die Auswirkungen der beiden Steuernotverordnungen vom 7. und 19. Dezember 1923 in der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Er begrenzt ausdrücklich sein Thema dahingehend und berührt nicht den Inhalt der beiden Verordnungen. Ueber die grossen Härten und Ungerechtigkeiten könne man sich ein Bild machen, wenn man die (vom Redner vorgelegte) Tabelle zur Hand nehme. Darin wird von einem einheitlichen Beispiel ausgegangen; in unserm Fall ist es ein Reingewinn von 100 Millionen Papiermark per 31. XII. 1922 zum Dollarkurs 7350 = Dollar 13.600 = Goldmark 57.120. Die Steuer berechnet sich nun für die 3. Rate der Rhein- und Ruhrabgabe und der Einkommenabschlusszahlung bezw. Körperschaftssteuerabschlagszahlung aus den Papiermarksvorauszahlungsbeträgen — bei den Körperschaften aus dem Körperschaftssteuerbetrag des betr. Jahres, also auch hier aus Papiermarkbeträgen —, für die der Goldmarksteuersatz vorgesehen ist; bei Einzelfirmen bezw. off. Handelsgesellschaften pro 1000 Papiermark 0.50 Goldmark — bezw. 0.40 für die Abschlusszahlung — bei Abschlüssen in der Zeit vom 31. XII. 22 bis 1. Juli 1922, für Abschlüsse im Zeitraum vom 30 Juni bis 31. Jan. 1922 pro 1000 Papiermark 2 Goldmark — bezw. 1.60 Abschlusszahlung —. Für steuerpflichtige jur. Personen ist der Steuersatz pro ‰ Goldmark 0.75 für Abschlüsse vom 31. XII. 1922 bis 1. Oktober 1922, für die Zeit vom 30. Sept. bis 30. April 1922 Goldmark 1.50; liegt der Abschluss vor dem 30. April 1922, so werden Goldmark 3.— für 1000 Papiermark erhoben. Diese Sätze gelten für die 3. Rate der Rhein- und Ruhrabgabe; für die Körperschaftsabschlusszahlung ist der Goldmarksatz einheitlich auf Goldmark 0.60 pro 1000 Papiermark festgesetzt, hier bleibt also der Zeitpunkt des Abschlusses unberücksichtigt. Zum Ausgleich sollen (nunmehr) noch besondere Zuschläge erhoben werden, und zwar für jeden Monat eine ½ Goldmark pro 1000 Papiermark, wenn der Abschluss nicht mit dem Kalenderjahr zusammenfällt.

Wenn wir nun die Staffelung des Steuersatzes einer Betrachtung unterziehen, so sehen wir, wie unzureichend der Gesetzgeber die tatsächliche Papiermarkentwertung des Jahres 1922 in Betracht zog; denn in dem genannten Jahr ist der Dollar um das 45fache gestiegen, die Staffelung beträgt hingegen nur das 4fache. Je früher im Jahr 1922 der Abschluss erfolgt ist, desto günstiger ist der Steuerzahler gestellt. Der Referent greift aus der beiliegenden Darstellung einige Abschlusszeiten heraus und zeigt, wie ungleich die Belastung infolge der kurzsichtigen Staffelung ist, aber auch, welch ungeheuere Steuerlast auf den Betrieben liegt, die mit dem 31. XII. 1922 abschliessen. Bei den Einzelfirmen zeigt sich dies noch deutlicher als bei den Kapitalgesellschaften.

Mit Recht kritisiert hiernach der Redner die ganze Steuernotgesetzgebung, die von ganz falschen rechnerischen Grundlagen ausgeht. Der Hauptfehler besteht in der Vermischung von Goldmark und Papiermark; deutlicher gesagt, wenn man Papiermarkbeträge einfach mit Goldmarksätzen multipliziert und so den Goldmarksteuerbetrag errechnet. Auch die Landessteuergesetzgebungen gehen von den Papiermarkwerten aus, so bei der Grund- und Gewerbesteuer, aus der dann wieder die Gemeinden ihre Umlagen errechnen. Die Stadt Pforzheim berechnet z. B. beim Betriebsvermögen den Friedenssatz von Goldmark 0,03 auf 100 Mk. Steuerwert, geht aber nicht vom Friedenssteuerkapital aus, sondern vom Taxierungswert vom Jahr 1921, sodass das 25fache des Friedenssteuerbetrages heute bezahlt werden muss. Andere Städte gehen ähnlich vor, indem sie bei ihren Goldmarkumlagesätzen nicht vom Friedenssteuerkapital ausgehen, sondern von den Werten (sind in Papiermark ausgedrücktl) der Grund- und Gewerbesteuer, was sie nach der Landessteuergesetzgebung tun können.

Der Vortragende berichtet sodann über die Tätigkeit des Ausschusses für Steuerungerechtigkeiten, der sich in Stuttgart nach der 1. Steuernotverordnung gebildet hat. Als Mitglied dieses Ausschusses habe er sofort Material gesammelt; dieses sei dann sowohl dem württ. Finanzministerium als auch dem Reichsfinanzministerium unterbreitet worden; auch sei das württ. Finanzministerium mit einer Eingabe in Berlin vorstellig geworden, um eine bessere Staffelung der Steuersätze zu erzielen. In persönlichen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium sei ihnen dort zugesichert worden, dass eine höhere Belastung der früher Bilanzierenden erfolgt und die am 31. XII. 1922 mit einem niedrigeren Satz begünstigt würden. Diese Zusicherungen erfüllte der Erlass vom 18. I. d. J. aber nicht, sondern überliess es dem Ermessen der einzelnen Finanzämter, je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe bei den vor dem 31. XII. 1922 Abschliessenden Zuschläge zu erheben. Herr Direktor W. Wolff erblickt hierin einen viel zu grossen Spielraum in der Vollmacht, die da den einzelnen Beamten in die Hand gegeben ist. Nicht mit Unrecht weist er darauf hin, dass die Beamten gar nicht in der Lage sind bezw. sein können, die Leistungsfähigkeit zu beurteilen. In der anschliessenden Diskussion bringt für letzteres Direktor Dr. Martin-Mannheim ein typisches Beispiel, das besagt, dass beispielsweise ein Fabrikbetrieb in Baden nur eine Konkurrenzfirma in Berlin hat; wie will hier der Beamte, der den betr. Betrieb zum Vergleich heranzieht, beurteilen können, ob der badische Betrieb unter den gleichen Produktionsbedingungen arbeiten kann wie die Berliner Firma. Weitere Diskussionsredner bringen die Veranlagungen zur Rentenbankbelastung und Reichsvermögenssteuer in Erwähnung, in denen wiederum von Papiermarkraten ausgegangen wird, sodass z. B. die Belastung des errechneten Goldmarkvermögens für die Rentenbank tatsächlich zirka 61 Prozent, bei einem Abschluss per 31. XII. 1922 beträgt, sodass zur Verzinsung des Rentenbankkapitals nicht einmal alle Industriekreise herangezogen werden müssten, geschweige denn noch die Landwirtschaft, die eigentlich nach dem Gesetz auch die Hälfte der Verzinsung des Kapitals der Rentenbank zu tragen hätte.

Im Schlusswort des Referenten verliest dieser die Resolution, die an das Reichsfinanzministerium gerichtet ist, und in der der Grundgedanke einer gleichmässigen steuerlichen Belastung ausgesprochen wird. In derselben sind praktische Vorschläge für die Steuerheranziehung gemacht. B. G.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 26. Febr. Der heutige Grundton, der sich bereits an der gestrigen Nachbörse bemerkbar machte, war im Verlaufe der Börse fast gänzlich verschwunden. Die etwas günstigeren Meldungen aus der westlichen Industrie fanden an der Börse Beachtung, für eine regere Unternehmungslust fehlte jedoch eine Anregung. Die Meldungen der französischen Presse über die angeblich von den Sachverständigen verlangte Verpfändung der Reichseisenbahn sowie die Aussperrung der Berliner Metallindustrie liessen neue ernste Besorgnisse aufkommen. Vor allem wird das Geschäft dadurch gehemmt, dass die Spekulation nicht auf die Gefolgschaft des Publikums rechnen kann. Auch die innen- und aussenpolitische Situation gaben Anlass zu einer grösseren Zurückhaltung und mit einer gewissen Spannung sieht man dem endgültigen Bericht der Sachverständigenkommission entgegen. Die Gesamtlage der Effektenbörse war heute bei sehr stillem Geschäft eher etwas unsicher. Die Geldmarktverhältnisse haben sich günstiger gestaltet. Tägliches Geld war mit 1 pro Mille und darunter reichlich angeboten. Die Anmeldungen am Devisenmarkt hielten sich auch heute in den Grenzen der vorhergehenden Tage. So waren irgend welche grössere Veränderungen nicht zu verzeichnen. Besonders rückgängig war die Tendenz am Montanmarkt, wo diese Rückgänge keinen allzugrossen Umfang annahmen. Im weiteren Verlauf der Börse machte sich jedoch ein immer weitergehendes Abbröckeln der Kurse bemerkbar. So verloren Buderus 1¼, Dt. Lux. 1¼, Essener Steinkohle 2, Harpener ½, Klöcknerwerke 2¼, Mannesmann 1½ und Stollberger Zink 2 Prozent. Kaliwerte lagen verhältnismässig günstig und die Abschwächungen bewegten sich zwischen ½ bis ¾ Prozent. Chemische Werte lagen vernachlässigt. Elektrowerte konnten sich im grossen und ganzen auf ihrem gestrigen Stand behaupten. Auch am Waggonmarkt waren die Kurssenkungen nicht all zu bedeutend. Deutsche Renten waren zahlreich angeboten. Ausländische Renten konnten teilweise kleinere Steigerungen erzielen, jedoch verloren sie die Gewinne bereits in der ersten Börsenstunde. Am Schiffahrtsmarkt ereignete sich nichts bemerkenswertes. Banken lagen etwas abgeschwächt. Maschinenaktien waren schon zu Beginn ziemlich rückgängig auf die Meldung der Aussperrung der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 26. Februar.

MM = Millionen Mark: TM = Tausend Mark die Einheit.

	25. Februar Geld	25. Februar Brief	26. Februar Geld	26. Februar Brief
Amsterdam	1571063 MM	157 937 MM	1571063 MM	1578937 MM
Buen.-Aires	1446375 „	1457625 „	1441388 „	1448612 „
Brüssel	161595 „	162405 „	159600 „	160400 „
Christiania	552615 „	555385 „	552615 „	555385 „
Kopenhagen	666330 „	669670 „	666330 „	669670 „
Stockholm	1097250 „	1102750 „	1097250 „	1102750 „
Helsingfors	105735 „	106265 „	105735 „	106265 „
Italien	183540 „	184460 „	183540 „	184460 „
London	13104625 „	13195375 „	13104625 „	13195375 „
New-York	4189500 „	4210500 „	4189500 „	4210500 „
Paris	182535 „	183465 „	183540 „	184460 „
Schweiz	728175 „	731825 „	728175 „	731825 „
Spanien	532265 „	535335 „	532265 „	535335 „
Lissabon	144637 „	145363 „	144637 „	145363 „
Japan	1895250 „	1904750 „	1895250 „	1904750 „
Rio de Jan.	498750 „	501250 „	498750 „	501250 „
Wien	62242 TM	63758 TM	62242 TM	63758 TM
Prag	122193 MM	122807 MM	122193 MM	122807 MM
Jugoslavien	54642 „	56358 „	54642 „	56358 „
Budapest	10737 TM	10863 TM	9970 TM	10250 TM
Sofia	32917 „	33083 „	32917 „	33083 „

Kein Einspruch der Rentenbank gegen die Prägung von Silbermünzen.

Entgegen den Meldungen, dass die Leitung der Rentenbank gegen die Prägung von Silbermünzen Einspruch erhob, erfährt man von unterrichteter Seite, dass von der Rentenbank keinerlei Einspruch gegen den Ausprägungsplan erhoben worden ist, schon deshalb nicht, weil bisher keine bindende amtliche Mitteilung vorliegt. Die Bank hat vielmehr an das zuständige Ministerium eine Anfrage gerichtet, die eine Besprechung über den Plan im Zusammenhang mit einer etwaigen Inflationsgefahr herbeizuführen bezweckt.

Vom Holzmarkt.

Unser fachmännischer Mitarbeiter schreibt uns: Es unterliegt keinem Zweifel: Die Nachfrage aus Rheinland und Westfalen ist in letzter Zeit etwas stärker geworden. Diese Belebung ist aber keineswegs auf einen vergrösserten Bedarf des Verbrauchs zurückzuführen, sondern allein auf die Erwartung, dass die kommenden Monate eine Belebung der Geschäftslage bringen werden. Es gibt eine Reihe von westlichen Holzhändlern, die ihre erschöpften Bestände ergänzen wollen. Aus diesem Grunde konnte die Sägewerksindustrie in den allerletzten Tagen über den stärkeren Eingang von Nachfragen nach gutem Tischlerholz, insbesondere auch nach polnischer Kiefer, berichten. Freilich sind die Preise, die von den Platzholzhändlern geboten werden, für die Sägewerksindustrie unbefriedigend, denn es ist unmöglich, zu den Preisen aus dem neuen Rohholz hochwertiges Schnittholz zu erzeugen. Man braucht sich bloss das Ergebnis des vor einigen Tagen in Osterode (Ostpreussen) stattgefundenen Rohholzverkaufsvermines der Oberförsterei Taberbrück zu betrachten, so wird man unschwer erkennen, dass Preise bis zu rund 37 Mark für kieferne Langhölzer den Einschnitt von Stammware, für die 115 Mark frei westdeutschen Stationen von Händlern geboten werden, unmöglich erscheinen lassen. Noch viel teuere Preise ergab der Verkauf von Langhölzern der Staats-Oberförsterei Regenthin (Bezirk Frankfurt a. O.), in dem für die hervorragenden Hölzer Preise bis zu 47,70 Mark gezahlt wurden. Da auch das westdeutsche Holzabsatzgebiet eng mit den Märkten in Nord- und Ostdeutschland, sowie Schlesien verknüpft ist, verlohnt es der Mühe, die Ergebnisse der grossen Holzverkäufe kritisch zu betrachten. Andererseits findet am Bauholzmarkt eine Schleuderei statt, die geradezu unverständlich ist. Es werden tatsächlich Kanthölzer, die nach Liste eingeschnitten sind, zu Preisen von 47 bis 49 Mark sogar frei Baustelle angeboten. Auch in Polen sind die Rohholzpreise stark in die Höhe gegangen. Vor einigen Tagen wurden an ein Danziger Exporthaus, das mehrere Sägewerke in Pomerellen betreibt, etwa 7500 Festmeter auf der Weichsel überwinterte Rundkiefern zum Preise von 1 bis 15 sh. frei Danzig verkauft.

* * *

Die Leipziger Radiomesse und Radiowoche. Auf der Leipziger Technischen Messe vom 2. bis 8. März wird diesmal die erste Radio-Sondermesse veranstaltet. Träger dieser Sondermesse ist der Verband der Radioindustrie, Sitz Berlin, dem sämtliche ausstellende Firmen angehören. Die Radiomesse erhält dadurch eine besondere Bedeutung, dass gleichzeitig der Leipziger Messamtssender der Reichstelegraphenverwaltung in Betrieb genommen wird und ferner am 1. und 2. März das Deutsche Funkkartell, in dem die deutschen Radiovereine zusammengeschlossen sind, in Leipzig tagt. Im Anschluss an diese Tagung ist eine Radiowoche geplant, um in Vorträgen wichtige Gebiete der Radioindustrie zu behandeln.

* * *

Aufwertung bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Wie wir erfahren, ist die Aufwertung bei den landwirtschaftlichen Verbänden, Bad. landw. Hauptgenossenschaft Karlsruhe und Bad. Landwirtschaftsbank Karlsruhe seit Vorlage der Bilanzergebnisse (Mitte Januar) beschlossene Sache.

Kathol. Presseverein
Karlsruhe.

Donnerstag, 28. Febr. 1924
abends 8 Uhr
in den „Drei Linden"
Wohltätigkeitsaufführung

Waffenschmied

Komische Oper in 3 Akten
von Albert Lortzing.

Musikal. Leitung: Oskar Baumann.
Dramat. Leitung: Karl Weber.

Preise der Plätze: 1. Platz 1.—, 2. Platz 0.75, 3. Platz 0.50.
Vorverkauf: Rennen (Mühlburg), Dorer (Mittelstadt), Kranz (Weststadt), Kern (Oststadt)

Der Reinertrag ist zu Gunsten der notleidenden kath. Presse bestimmt

Dunkel Export-Bier

kommt in altbekannter Güte
ab Freitag, den 29. Februar
zum Versand.

Brauerei Schrempp-Printz
Karlsruhe.

Kathol. Presseverein
Karlsruhe.

Freitag, 29. Februar 1924
abends 8 Uhr im unteren Saale des
Café Nowack

Konzert u. Liederabend

Hervorragende Kräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt

Nach dem Konzert gemütliches Beisammensein mit

Tanz

Karten zu 1 Mk. sind an der Abendkasse erhältlich.

Organist u. Küster
(Mesner) sucht Stellung. Zeugn. stehen zu Diensten. Nebenverdst. vorhanden. Offerten unter Nr. 476 an die Geschäftsst. d. Bl.

Ankauf
Gold-, Silber-, Platingegenstände
Brennstifte.
Gold- und Silber-Münzen
Gebisse
mit echten Stiften zu Tagespreisen.
Kien. Ziegler.
Akademiestrasse 26.

Letzte Aufführung
des
Waffenschmied
im Josefshaus, Winterstrasse 29
am Mittwoch, den 27. Februar
abends 1/2 8 Uhr
Karten im Zigarrengeschäft Dörfler und an der Abendkasse.

Todes-Anzeige.

In Gottes unerforschlichem Ratschluss hat es gelegen, heute seinen treuen Diener, den

Hochw. Herrn Jubelpriester

Valentin Ketterer

Definitor

im 56. Jahre seines priesterlichen Wirkens im Alter von 80 Jahren, wohlversehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, in die Ewigkeit abzurufen.

Die Beerdigung findet Freitag, vormittags 10 Uhr, auf dem Friedhof Jestetten statt.

Wir bitten, dem lieben Verstorbenen die Gabe des hl. Messopfers zuzuwenden und seiner im Gebete zu gedenken.

Jestetten, den 26. Februar 1924.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Hurst, Pfarrvikar.

Für Händler
Frische Schiffszufuhren in:
Anthracitkohlen der Zeche
Kohlscheid
Kohlenstromeyer
Karlsruhe-Rheinhafen Tel. 906, 907, 936

Münchener Spaten-Bräu-Restaurant
Hotel Rotes Haus
Waldstrasse 2.
Mittwoch, den 27. Febr. 1924
Konzert

Bruchleidende

Erlösung von dauernder Qual ist das ärztlich empfohlene „Spranzband", Deutsches Reichspatent, für alle Arten von Brüchen. Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Tag und Nacht tragbar, daher viele natürliche Heilungen. Schriftl. Garantie auch in den schwierigsten Fällen. Aerztl. Gutachten sowie überzeugende Anerkennungen werden vorgelegt. Absolut konkurrenzlos! Sprechst. (auch f. Frauen u. Kinder) in Karlsruhe, Hotel „Goldene Traube", Steinstr. 17, Freitag, 29. Februar, 11–5 Uhr

Bandagenhaus Julius Schreiber, Darmstadt.

Methode Ritter
Sprachlehrinstitut
Englisch, Französisch
Italienisch, Spanisch
Anmeldung von 9 Uhr morg. bis 10 Uhr abds.
Leopoldstr. 1
(am Kaiserplatz).
Keine Nachzahlungen.

Wenen werden nach Wahl der Farbe gestrickt. Jumperwolle in vielen Farben.
Engimann,
Klauprechtstraße 27, 4.

Wünsche auf diesem Wege liebevollen Herrn (Beamten) kennen zu lernen, zwecks baldiger
Heirat.
Bin 22 J. alt, blond, aus gut. Familie, häuslich u. sparsam erzogen, (Schneiderin) besitze elt. Einrichtung. Witw. mit Kind nicht ausgeschlossen. Aufricht. Angeb. unt. Nr. 495 ins Kontor ds. Bl. erbeten.

In der Ordensgenossenschaft der barmherzigen Franziskanerbrüder zu Waldbreitbach b. Coblenz finden brave Jünglinge aller Stände und Berufe, die d. lieb. Gott ganz angehören wollen, jederzeit liebevolle Aufnahme.
Die Haupttätigkeit der Brüder besteht in Werken d. christl. Caritas, d. im In- u. Auslande innerhalb 9 Diözesen vollbracht werden. Anmeldungen wolle man richten an den Generalodern zu St. Josefshaus bei Waldbreitbach.

Amtliche Anzeigen.

Pensionen.
Zahltag: Freitag, 29. Februar im Kassenraum der Staatsschuldenverwaltung,
für Pensionäre vormittags 8–10 Uhr.
für Witwen nachmittags 3–5 Uhr.
Landeshauptkasse.

Bekanntmachung.
Bis zum 29. Februar 1924 hat mit Ausnahme der Erwerbsgesellschaften jeder, der brotversorgungsabgabepflichtig war, das Dreifache des zweiten Teilbetrages seiner Brotversorgungsabgabe als Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer 1924 an die für ihn zuständige Steuereinnehmerei oder Finanzkasse zu entrichten. Die Erwerbsgesellschaften im Sinne des § 11 Abs. 3 des Körperschaftssteuergesetzes haben, bis zum 29. Februar 1924, wenn die Steuerkurswerte oder Verkaufswerte für die Anteile an der Gesellschaft oder für die von ihr ausgegebenen Genußscheine oder Schuldverschreibungen an dem genannten Tage noch nicht ermittelt sind, als Vermögenssteuervorauszahlung an die oben bezeichneten Stellen das Sechsfache des zweiten Teilbetrages ihrer Brotversorgungsabgabe, andernfalls die Hälfte des Vermögenssteuerbetrags zu entrichten, der sich bei Zugrundelegung der Summe der Kurs- oder Verkaufswerte ergibt.
Karlsruhe, 26. Februar 1924.
Die Finanzämter Stadt und Land.

Frachtbriefe liefert schnellstens A.-G. Badenia

Vertrauensstellung.
Ein älteres sehr solides, grundehrlich. und zuverlässiges Fräulein sucht Stellung in Geschäft, da sehr tüchtig; od. Haushalt, da Fachkenntnisse vorhanden. Angeb. unt. Nr. 184 an d. Geschäftsstelle ds. Bl.

Kräftiger gesunder
Junge
aus guter Familie, der Lust hat die Brot- und Feinbäckerei zu erlernen, wird auf Ostern gesucht
Karl Feierabend
Bäckermeister
Augartenstr. 79.

Suche für meinen Bruder, 16 Jahre alt (Waise),
Lehrstelle.
Derselbe müßte, da er keine Eltern hat, Kost und Wohnung im Hause haben. Angebote sind zu richten an Sophie Wißler, Karlsruhe-Mühlburg, Kärcherstraße 53

Lebensbedürfnisverein
Karlsruhe.
Neue große
Salzheringe
Stück 5 Pfg.
Süßbücklinge
Pfund 30 Pfg.
Bismarckheringe, Rollmöpse, Gelee- und Bratheringe
billigst.

Wieder eingetroffen!
Dollar- und Goldmark-Umrechnungstabellen
vom Januar 1919 bis Dezember 1923
Preis nur 50 Pfg.
Vorrätig in der
Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe

Ullstein-Schnittmuster
jetzt auch bei
W. Boländer, Karlsruhe Kaiserstr. 121

Grund- und Hausbesitzerverein
Karlsruhe.
Einladung zur Generalversammlung
auf Donnerstag, den 28. Februar 8 Uhr abends in den Saal 3 der Brauerei Schrempp, Waldstraße
Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Jahres- und Rechnungsberichtes.
2. Entlastung des Vorstandes und Kassiers.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Beiräte.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand: Deines.

Colosseum
Schmitz-Weissweiler.
Eine Hamsterfahrt.
Täglich abends 8 Uhr.

Möbl. Zimmer
von besserer Dame mögl. sofort gesucht. Angebote unter Nr. 700 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Gesucht tücht., ehrliches
Mädchen
für alles auf 15. März
May, Stefanienstr. 17.

Schlichte Lebensbilder
von
Franz Dor
betitelt:
Edle Männer unserer Heimat
8°. 367 Seiten mit 21 Bildern.
Preis steif brochiert Mk. 2.25
hübsch gebunden Mk. 3.—

Aus einer ausführlichen Besprechung der „Neuen Mannheimer Volksblatt":
„Das Buch, das in jedes katholische Haus der badischen Heimat gehört, zählt bei seinem starken Umfang zu den preiswertesten, die unter den heutigen Verhältnissen angeboten werden. Wer die früheren Arbeiten des feinsinnigen Verfassers z. B. die gehaltvolle Biographie von F. X. Lender, auf die bei dieser Gelegenheit hingewiesen werden muß, kennt, wird mit Freuden nach diesem neuen Werk von Dors schöner und lebendiger Kunst der Lebensbeschreibung greifen."

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Badenia · Druckerei u. Verlag · Karlsruhe

Kardinal Faulhaber zu Zeitströmungen.

Am 15. Februar sprach Kardinal Faulhaber im großen Saal des Löwenbräukellers in München vor Studenten. Das Thema lautete „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen". Da es, wie sich aus dem von General von Chrismar veröffentlichten Brief ergibt, selbst Katholiken gibt, die sich in den Religion und Kirche betreffenden Zeitströmungen erstaunlich wenig auskennen, auch wenn sie leichtfertigerweise darüber schreiben, so möchten wir hier die 23 Thesen wiedergeben, in die der Kardinal seine Ausführungen zusammengefaßt hat. Sie lauten lt. Augsb. Postzeitung Nr. 41:

1. Je mehr der große Haufen gedankenlos heute der Revolution gegen die Throne, morgen der Revolution gegen die Altäre nachläuft, um so mehr müssen denkende Menschen, sachlich und rechtlich denkende, sich die innere und äußere Freiheit des Urteils wahren, um so lauter schlägt die Stunde der katholischen Akademiker.

2. Durch die Völker flutet eine faschistische Welle, hervorgerufen durch den Bankerott der sozialistischen Weltanschauung. Am reinsten und darum am erfolgreichsten hat sich die faschistische Welle in Italien Bahn gebrochen. In Amerika erscheint sie bereits gespalten in die zwei Strömungen der Legionäre und des gewalttätigen kirchenfeindlichen Ku-Klux-Klan. Auch in Deutschland brach die nationale Idee hervor, in ihrem Ursprung und ersten Lauf ein reiner Quell, im weiteren Verlauf aber durch Nebenflüsse getrübt und schließlich in den Kirchenhaß der Ku-Klux-Klaner einmündend.

3. Kulturkampf ist der ruhmloseste, der aussichtsloseste, der verhängnisvollste Kampf. Der ruhmloseste, weil Bewaffnete gegen Unbewaffnete stehen oder vielmehr weil rohe Gewalt gegen rein geistige Mächte mit ungleichen Waffen anrückt. Der aussichtsloseste, weil er selbst für den eisernen Kanzler der 70er Jahre mit einer Niederlage endigte. Der verhängnisvollste, weil er die Wunde der Glaubensspaltung neu aufreißt und die verwundbarste Stelle des deutschen Siegfried trifft mehr zum Schaden des völkischen als des religiösen Lebens. Eine Neuorientierung der deutschen Kultur in romfeindlichem Sinne hätte eine Fehlentwicklung unseres gesamten Volkslebens zur Folge.

4. Der Friede unter den Bekenntnissen Deutschlands, der zugleich eine Staatsnotwendigkeit ist, kann nur ein aktiver, ein kräftesammelnder Friede sein, kein Friedhoffriede, kein Totschweigen dessen, was das eigene Bekenntnis an Licht und Kraft bietet, kein Totschlagen dessen, was das andere Bekenntnis an völkischen Kulturwerten aufgebracht hat.

5. Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen muß sich offen und ehrlich mit den Novembervorgängen in München, deren Wellenschlag durch ganz Deutschland geht, auseinandersetzen und aus der Haltung des Hochschulringes und der Münchner Studentenschaft bei den Astawahlen die Gebote der Stunde ablesen. Ob der Lügenfeldzug im November Kulturkampf war oder nicht, haben wir Katholiken als die Angegriffenen zu entscheiden. Ueberhaupt können wir einem Studenten, der auf schwere Säbel fordert, nicht das Urteil überlassen, zu entscheiden, wo das Katholischsein anfängt und wo es aufhört. Die Haltung der katholischen Studentenkorporationen war würdevoll und entschieden.

6. Unserem Volk und Vaterland wird ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man dem katholischen Volksteil und besonders der katholischen Studentenschaft die freudige Mitarbeit am Wiederaufbau dadurch erschwert, daß man die Katholiken als Griechen innerhalb Trojas verdächtigt und mit der roten Internationale auf eine Stufe stellt.

7. Ehrgefühl und Gewissen müssen hocherhobenen Hauptes auch die Gefolgschaft an dem Lügenfeldzug verweigern, der mit vergifteten Waffen gegen politische Gegner und kirchliche Personen, ohne jedes Wahrheitsempfinden, mit viel Pathos und wenig Ethos, ins Werk gesetzt wurde. Jetzt erst versteht man, warum im Evangelium Satan der „Vater der Lüge" heißt.

8. In den namenlosen Flugblättern der letzten Monate steht das Heldentum der Phrase in lächerlichem Gegensatze zu der Feigheit, die nicht den Mut findet, mit dem eigenen Namen für ihre Phrasen einzustehen. Während außerhalb Bayerns behauptet wurde, die Hitlerbewegung sei von Kardinal Faulhaber gemacht und von Rom inspiriert, wurde in München die Lüge verbreitet, Kardinal Faulhaber habe die völkische Freiheitsbewegung unterdrückt. In Arbeiterkreisen geht man heute noch mit der Lüge hausieren, die Geldspenden aus Amerika würden nur für Studenten verwendet. Während eine französische Zeitung behauptet, die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses für den Separatisten Heinz durch den Bischof von Speyer sei auf den Einfluß des Erzbischofs von München zurückzuführen, werfen deutsche Blätter den Föderalismus in München und den Separatismus in der Pfalz verlogenerweise immer wieder in den gleichen Topf.

9. Das Schamloseste war wohl die versteckte Verdächtigung, Kardinal Faulhaber sei personengleich mit dem „hohen kirchlichen Würdenträger", der sich von dem Berichterstatter des Temps habe ausfragen lassen. Der Bericht im Temps ist aber stilistisch so französisch, gedanklich so sinnlos und widerspruchsvoll, daß er ganz unmöglich von einem Kenner der deutschen Sprache und Lage stammen kann. Der „hohe kirchliche Würdenträger" behauptet z. B., die Bayerische Volkspartei stehe im Bunde mit General Ludendorff! Wie konnte man es mit seinem völkischen Ehrgefühl vereinbaren, aus einer deutsch-feindlichen Zeitung eine solche Besudelung des deutschen Namens abzudrucken?

10. Es gibt Zeitungsartikel, die in Zeiten politischer Hochspannung gleichbedeutend sind mit einer Aufforderung zum Mord. Der bewußte Lügner müßte strafrechtlich ebenso behandelt und gesellschaftlich ebenso gebrandmarkt sein wie der Dieb. Das B.G.B. hat für das Eigentum anderthalbhundert, für die Ehre nur ein halbes Hundert Schutzparagraphen. Ein Mann von Ehre und Gewissen widerruft, wenn er die Ehre eines Mitmenschen in den Staub gezogen hat.

11. Eine weitere traurige Zeiterscheinung der letzten Monate ist die Hetze gegen den Heiligen Vater und der Plan, eine deutsche Nationalkirche zu gründen. Seit Jahrhunderten taucht dieser Plan alle dreißig Jahre im deutschen Volke auf. Wenn dabei an die Verschmelzung der Katholiken und Protestanten gedacht wird, dann würde dadurch eine dritte Konfession gegründet, die bisherige Glaubensspaltung also verdreifacht.

12. Im Zusammenhang mit dieser Los-von-Rom-Bewegung taucht der alte Vorwurf wieder auf, der Heilige Vater habe gegen den Friedensvertrag von Versailles keinen Einspruch erhoben. Der Hl. Vater urteilte über diesen Friedensvertrag im Montmartrebrief vom Oktober 1919, es fehle ihm die im Evangelium geforderte Liebe, und in der Weihnachtsansprache 1919, ein Vertrag dürfe nicht zur Vernichtung des besiegten Volkes führen. Viel wichtiger als papierne Einsprüche erschien dem Papste, die härtesten Bedingungen des sogenannten Friedens wegzunehmen, besonders die Fortsetzung der Hungerblockade, das einseitige Zurückbehalten der Kriegsgefangenen und die Auslieferung des Kaisers.

13. Zu dem andern Vorwurf, der Papst habe gegen die Ruhrbesetzung keinen Einspruch erhoben, darf man daran erinnern, daß, als 1870 der Kirchenstaat des Papstes besetzt wurde, das Deutsche Reich auch keinen Einspruch erhob, und daß der Papst als Haupt der Weltkirche seine übervölkische Neutralität nicht preisgeben kann. Uebrigens spricht der Brief an Staatssekretär Gasparri vom 24. Juni 1923 für den, der die diplomatische Sprache kennt, eine deutliche Sprache.

14. Papst Pius XI. hat es in den Augen eines Mannes von Ehre und Gewissen wahrlich nicht verdient, auch in deutschen Zeitungen geschmäht zu werden. Es wäre für unser deutsches Volk ein Irrweg, durch Gründung einer deutschen Nationalkirche den zentrifugalen Weg zu gehen, während Frankreich das Trennungsgesetz von 1905 und den Kulturkampf abbaut.

15. Eine weitere Zeiterscheinung, die Angst vor den Jesuiten, nimmt allmählich pathologischen Charakter an und wird in der deutschen Kulturgeschichte einmal ein ebenso dunkler Punkt werden wie der Hexenwahn des Mittelalters. Es fehlte nur noch, daß auch die Flucht des Kaisers nach Holland als ein Schachzug der Jesuiten ausgegeben werde. Die vielen Tausende, die hier im Löwenbräukeller im vorigen Jahre die Vorträge von Jesuitenpater Muckermann hörten, sollen Zeugnis geben, ob sie nicht alle unter seinen von Vaterlandsliebe glühenden Worten seelisch erwärmt wurden.

16. Mit dem viel gebrauchten Schlagwort „Politik gehört nicht auf die Kanzel", soll das katholische Gewissen abgeschreckt werden, die Vorgänge und Maßnahmen des öffentlichen Lebens auf der Wage der Gebote Gottes und des Evangeliums nachzuprüfen. Im Grunde ist das Schlagwort „Politik gehört nicht auf die Kanzel" nur eine andere Fassung des marxistischen Grundsatzes „Religion ist Privatsache". Auf der anderen Seite ist man gleichwohl dankbar, wenn kirchliche Kreise die nationale Bewegung so mannhaft unterstützen, wie es Bischof Sebastian von Speyer und die pfälzische Geistlichkeit in der letzten Zeit getan haben. Der Erzbischof von München wird sich nicht dazu verstehen, seine Predigten zur Vorzensur vorzulegen.

17. Unsere Pflichten gegenüber Volk und Vaterland sind durch unser katholisches Gewissen sicherer verbürgt als durch hundert Schutzgesetze. Deutschsein ist uns mehr als Deutschgeborensein, wie uns auch Katholischsein mehr ist als Katholischgetauftsein. Wie der Katholik über den Taufscheinkatholizismus hinauswachsen muß bis zur Vollreife des katholischen Mannes, so muß auch der deutsche Heimatschein durch das persönliche, geistig reife Bekenntnis zum Vaterlande vollendet werden. Gehorsam gegen die Gesetze des Staates, Ablehnen jeder Revolution, Bereitschaft zu steuerlichen und persönlichen Opern, Mitarbeit an der Wohlfahrt der Staats- und Volksgemeinschaft, sind uns durch das vierte Gebot Gottes auf das Gewissen gebunden.

18. Wie bei jeder sittlichen Tugend, gibt es auch in der Vaterlandsliebe eine Stufenleiter mit vielen Sprossen auf und nieder und eine Ueberspannung, die zur Untugend werden muß. Vaterlandsliebe ist ruhig tatende Liebe, nicht kopflos stürmende Leidenschaft, ist abgeklärter Wein, nicht ewig gärender Most. Die deutschen Klassiker haben offen auch über die Fehler im deutschen Charakter und in der deutschen Geschichte gesprochen und sind doch deutsche Klassiker. Wertvoller als laute Fanfaren und Ordensparaden ist die stille, treue Berufsarbeit im Dienste der Volksgemeinschaft. Wer die Verteidiger des Vaterlandes in den Schützengräben gesehen hat, der weiß: Dort in den vordersten Feuerzonen waren nicht Juchzer und Hurra zu hören und doch war gerade dort jene Vaterlandsliebe zu Hause, die stärker ist als der Tod.

19. Der katholische Priester wird in dieser Frage immer im Kreuzfeuer stehen: Von der linken Seite muß er hören, er habe viel zu viel Vaterlandsliebe betätigt, besonders, weil er die Kirchenglocken ablieferte, von der rechten Seite her muß er trotz allem immer wieder hören. Hic niger est, hunc tu, Germane, caveto! Der katholische Volksteil hat seinen reichlichen Anteil an den Blutopfern und Gutopfern des letzten Jahrzehnts getragen.

20. Unsere geistig höherstehenden Volksgenossen müssen sich auch mit der Frage „Völkisch und Zwischenvölkisch" auseinandersetzen. Gerade von den Universitäten, von den Hochburgen des deutschen Geisteslebens, führen viele Brücken ins Ausland. Manche Leuchten des Auslandes haben an deutschen Hochschulen ihre Bildung geholt. Anderseits hat deutscher Gelehrtenfleiß Erfindungen des Auslands bis zum Vollwert ausgearbeitet, und so entstand eine Art Gütergemeinschaft des wissenschaftlichen Lebens der Völker. Wie das Licht der Sonne und die Denkgesetze der Philosophie, sind auch die geistigen Güter des Christentums ihrem Wesen nach internationales Gut. Eine Kirche, die darauf verzichtet, Weltkirche zu sein, hört im gleichen Augenblick auf, Kirche zu sein.

21. Das deutsche Volk ist schon nach der Lage seines Landes als Volk der Mitte in der europäischen Halbinsel auf friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn angewiesen und kann sich nicht mit einem trotzigen „Oderint, dum metuant!" der solidarischen Gemeinschaft mit anderen Völkern entziehen. Das Ziel der zwischenvölkischen Kultur ist nicht der Krieg, sondern der Friede. Die persönliche Begeisterung der Freiheitskriege von 1813 reicht heute nicht mehr aus, weil der moderne Krieg weit mehr als 1813 ein Krieg der Maschine ist.

22. Auch die Caritas baut internationale Brücken. Wir sind zur Zeit ein Bettelvolk unter den Völkern. Wir können und wollen aber nicht ewig von Almosen leben. Leider haben die Vorgänge in der Münchener Studentenschaft die Gebefreudigkeit des Auslandes stark herabgestimmt, ich richte aber heute an das Ausland die Bitte: Laßt die Armen unseres Volkes nicht entgelten, was einzelne, zum Teil in gutem Glauben, gefehlt haben!

23. Das katholische Bekenntnis trägt in sich so reiche wundenheilende, volkserzieherische, staatsbejahende Kräfte, daß es wie ein Verbrechen an Volk und Staat erscheint, diese Kräfte auszuschalten. Unser Gewissen sagt uns, wie heilig der Dienst an der Volksgemeinschaft verpflichtet. Unser Ehrgefühl sagt uns, wie ehrlos die Waffen der Lüge sind. Wenn wir nicht mehr „Veritati" auf die Stirn unserer Universitäten schreiben dürfen, dann müßten wir darauf schreiben: „Finis Germanicae". (Stürmischer Beifall.)

Das ist für gewisse Herren eine sehr empfehlenswerte Lektüre.

Der Hitler-Prozeß.

München, 26. Febr. Heute vormittag zur festgesetzten Stunde hat die Verhandlung im Hitler-Prozeß begonnen. Die Absperrmaßnahmen in den Zugangsstraßen, ferner vor dem Gebäude und im Gerichtsgebäude selbst waren außerordentlich scharf, doch wurde höflich und entgegenkommend verfahren. Wenige Minuten nach halb 9 Uhr betrat als erstes Mitglied des Gerichts der Erste Staatsanwalt den Saal. Wenige Minuten darauf wurde für die Vertreter der Presse und für das Publikum der Saal geöffnet. Zuerst erschienen von den Angeklagten General Ludendorff in Zivil und darauf Hitler mit einem Aktenbündel. Hitler und Ludendorff begrüßten sich mit Händedruck. Sieben Minuten vor 9 Uhr erschien der Gerichtshof, und es erfolgte der Aufruf der Angeklagten. Pöhner antwortete auf die Frage, ob er der Verhandlung folgen könne, mit Ja. Um 9 Uhr erhob sich der Staatsanwalt zur Erhebung der Anklage, die gegen neun Angeklagte auf vollendeten und gegen Pernet auf Beihilfe zum Hochverrat lautete. Die Verlesung der Anklageschrift nahm längere Zeit in Anspruch.

Die Anklageschrift.

Die etwa 35 Seiten umfassende Anklageschrift schildert ausführlich die Vorgänge im Bürgerbräukeller am Abend des 8. November in der schon durch wiederholte Veröffentlichungen in der Presse bekannt gewordenen Weise. Neu ist dagegen die Mitteilung, daß die Aktion in einer geheimen Besprechung beschlossen wurde, die am 7. November unter Beteiligung der nationalsozialistischen Sturmabteilung, des Bundes Oberland und der Reichskriegsflagge abgehalten wurde. Es standen zwei Pläne zur Erwägung: der eine von Hitler, der dann auch tatsächlich durchgeführt wurde, während der zweite vorsah, daß nach einer groß angelegten Nachtübung des Kampfbundes am Morgen des 11. November ein Einmarsch in München mit Sturz der Regierung und gewaltsame Teilnahme Kahrs, Lossows und Seissers erfolgen sollte. Man entschied sich für den Plan Hitlers. Es werden dann bis ins Kleinste die genau festgelegte Beteiligung der einzelnen Verbände an dem Unternehmen angeführt, woraus hervorgeht, daß in ganz Bayern Geheimbefehl zur Mobilisation und zum Marsch nach München ausgegeben wurde.

Ueber die Beteiligung der Infanterieschule wird u. a. gesagt, daß der Kampfbund seit längerer Zeit versuchte, Einfluß auf die Angehörigen der Infanterieschule zu gewinnen, wobei sich besonders Oberleutnant Roßbach und Leutnant Wagner, später auch Oberleutnant a. D. Pernet, der Stiefsohn Ludendorffs, betätigten. Roßbach vermittelte einen Besuch mehrerer Herren der Infanterieschule am 4. November 1923 bei Ludendorff, der bei dieser Gelegenheit über die völkische Erhebung sprach und die Ansicht äußerte, daß die völkische Idee in kürzester Zeit siegen werde. Er sprach auch davon, daß es Hitler durch seine Bewegung gelungen sei, die weiß-blaue Gefahr während der letzten drei Jahre niederzuhalten. Diese bayerische Gefahr bestehe darin, daß in Bayern das Königtum wieder aufgerichtet werde, was dazu führen würde, daß entweder Bayern sich vom Reiche trennen oder aber die Führung im Reiche an sich reißen und sich über Preußen stellen würde. Auf die Frage der Infanterieschüler, wann er an eine völkische Erhebung denke, antwortete Ludendorff, der erste Zeitpunkt sei schon verpaßt, jetzt könne es noch Wochen oder Monate dauern, bis die Not die große Masse des Volkes zum völkischen Gedanken treibe.

Am 8. November mittags begaben sich Pernet und Wagner zum Oberkommando des Kampfbundes in die Schellingstraße. Wagner wurde beim Oberkommando von Roßbach und Göhring über das geplante Unternehmen unterrichtet und mit entsprechenden Weisungen versehen. Um 8.30 Uhr abends traten die beiden Offiziersinspektionen und die beiden Fähnrichsinspektionen der Infanterieschule zusammen, wobei ihnen von Wagner mitgeteilt wurde, daß in diesem Augenblick die völkische Regierung für Deutschland im Bürgerbräukeller ausgerufen werde, gleichzeitig in ganz Deutschland die völkische Revolution beginne und von allen Richtungen der Vormarsch nach Berlin erfolge. Ludendorff habe befohlen, daß die Infanterieschule sofort unter der Führung Roßbachs Verwendung finde. Fast sämtliche Infanterieschüler traten daraufhin mit Waffen und scharfer Munition im Kasernenhof an; es wurden Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzarmbinden ausgegeben, worauf die Infanterieschule etwa um 9 Uhr zum Bürgerbräukeller marschierte.

Die Anklageschrift führt dann aus, daß man auf Seite Hitlers das eingeleitete Unternehmen auch dann noch fortzuführen suchte, als man schon sicher wußte, daß Kahr, Lossow und Seisser fest entschlossen waren, den Putsch mit den gesetzmäßigen Machtmitteln niederzuschlagen. Im weitern schildert dann die Anklageschrift die schon bekannten Vorgänge in der Nacht zum 9. und am 9. November selbst. Hitler wird als die Seele des

Ein entartendes Organ.

Bedenkliche Zunahme schlechter Gebisse.

Von Dr. Schwake, Bielefeld.

Seitdem sich die Lebenshaltung der Volksmassen allmählich verfeinert hat, insbesondere der Küchenzettel abwechslungsreicher gestaltet und die Zubereitung der Speisen mehr und mehr vollendet wurde, ist dem menschlichen Beiß- und Kauapparat ein gut Teil seiner ursprünglichen Bedeutung genommen. Die Anforderungen, die heute bei der Einnahme der Speisen in den besser gestellten Bevölkerungsschichten an das Gebiß gestellt werden, sind im Vergleich zu der Kraftaufwendung beim Beißen und Kauen der Nahrung unserer Vorfahren und teilweise noch jetzt der ländlichen Bevölkerung sowie einzelner Lebensreformer und ihrer infolge größerer Nahrungszufuhr erheblicheren Betätigung des Kauapparats nur noch als sehr gering zu betrachten. Da es aber im Haushalte der Natur keine unnötigen Stoffaufwendungen gibt und die Organe der Lebenswesen nur mit ihren Funktionen entsprechenden Kräften ausgestattet zu werden pflegen (biologisches Grundgesetz), so ist es eine natürliche Folge, daß bei der allzu geringen Beanspruchung des Gebisses dieses nicht zur kräftigen Entwicklung gelangen kann und eine allmähliche von Generation zu Generation sich immer mehr bemerkbar machende Rückbildung erleiden muß.

Diese Entwicklungshemmung bezw. Rückbildung des Gebisses braucht sich nicht zu kennzeichnen in der Größe der Zähne, sondern namentlich in ihrer Wurzelfestigkeit und chemischen Zusammensetzung, sowie in ihrem mechanischen Gefüge. Nimmt ein Individuum nur weichliche Kost zu sich, ohne das Gebiß an höhere Leistungen zu gewöhnen, so ist infolge der geringen Anregung die Blutzirkulation in den Kiefern auf ein Minimum beschränkt; hierdurch sind die bis zur Entwicklungsvollendung stetig wachsenden Zähne gezwungen, dem Blute Stoffe als Baumaterial zu entnehmen, die die Natur bei regerem Blutumlaufe nur in weit geringerem Maße verwenden würde. Auf diese Weise ergibt sich nicht nur eine weichere leicht erkrankende Zahnsubstanz, sondern auch ihr Gefüge ist ein viel lockereres, was eine erhebliche Herabminderung der Widerstandsfähigkeit bedeutet. Solche Zähne sind harte Nahrungsmittel zu bearbeiten nicht in der Lage und können daher auch nicht auf die Erstarkung des sie teilweise umgebenden und zu ihrer Befestigung dienenden Zahnfleisches einen günstigen Einfluß haben. Dieses schwächliche Zahnfleisch blutet leicht und neigt zu Entzündungen und Geschwüren, welche sich in ihrer eitrigen Beschaffenheit auf das Knochengewebe des Kiefers fortpflanzen können, um dann die gefürchtete Zahnfacheiterung zu verursachen, in deren Verlaufe die Zähne locker werden und ausfallen. Für ein gesundes, kräftiges Zahnfleisch sind starke Zähne und genügende Betätigung des Gebisses die unbedingte Voraussetzung. — Aus Voraufgehendem erklärt sich zwanglos die Tatsache, daß die Analyse der Zahnsubstanz von verschiedenen Menschen auch verschiedene Resultate zeitigt.

Haben wir weichliche Kost als Ursache einer schwachen Gebißkonstitution kennen gelernt, so begünstigt sie ferner die Entstehung der Zahnfäule (Karies). Indem die Zähne der natürlichen Reinigung durch das Reiben an härtlichen Nahrungsteilen, wie grobes Schwarzbrot mit seinen harten Rinden, Rohkost usw., entbehren, bleiben auf und zwischen ihnen durch Speichel halbverdaute Speisereste haften, und sie überziehen sich förmlich mit einer Schicht. Diese wird nicht nur durch die Einwirkung von Spaltpilzen unter Säurebildung zersetzt, sondern sie hält auch die entstandene Säure wie in einem Schwamme fest und konzentriert sie, um dann mit Leichtigkeit eine Entkalkung des schützenden Schmelzmantels herbeizuführen, womit der Beginn der Karies gegeben ist. Die Zahnsubstanz einer schwachen Gebißkonstitution wird naturgemäß viel schneller von den Mundsäuren angegriffen, als die einer starken.

Nach diesen Erwägungen drängt es sich uns von selbst auf, daß es an der Zeit ist, neben der aus ästhetischen Gründen als selbstverständlich vorauszusetzenden Reinhaltung der Zähne, Mund- und Rachenhöhle auf die Entwicklung unseres Gebisses in einer spezifischen Weise einzuwirken. Nicht mit Unrecht spricht man schon jetzt häufig bei schlechten Zähnen von Vererbung. Ist es nicht sehr bedenklich, daß bereits über 90 Prozent der zivilisierten Bevölkerung an den Folgen verweichlichter Gebißentfaltung leidet? — Wir können und wollen indessen nicht zu einer solchen Ernährungsweise zurückkehren, die an den Beiß- und Kauapparat erhöhte Anforderungen stellt, daher kann uns nur eine weitergehende Betätigung desselben seine kräftige Entwicklung und Erhaltung sichern. Wie man zu den Hanteln greift, um Arm- und Brustmuskulatur zu stärken, wie man die Funktionen der Lunge durch Atemübungen hebt usf., so muß in Zukunft etwas für das Gebiß geschehen, was unter der Bezeichnung „Gebißgymnastik" wohl nicht ganz unrichtig zusammengefaßt werden könnte.

Von der ersten Zahnbildung an sollte man die Kinder auf härtlichen Gegenständen fleißig kauen und als das Natürlichste Knochen, Knüste, Johannisbrot usw. benagen lassen. Darüber hinaus gebißgymnastische Spiele und Uebungen zu pflegen, wie Tauziehen, Schleuderball, Kampfsthalten frei vom Boden, Aufheben von Gewichten und anderes mehr. Mit diesen Maßnahmen müßte mindestens bis zur Vollentwicklung des Gebisses nach dem Wechseln der Zähne fortgefahren werden. Die direkte Folge einer so vermehrten Gebißbetätigung ist eine wesentlich erhöhte Blutzirkulation. Das Blut führt aber die fleisch-, knochen- und zahnbildenden Stoffe und den das Leben in den Körperzellen unterhaltenden Sauerstoff. An ein ideales menschliches Gebiß ist die Mindestforderung zu stellen, daß es festgebissen an einem Tau, das Gewicht des dazugehörigen Körpers trägt. Wie wenige sind dazu heute noch imstande, ohne befürchten zu müssen, Schaden an ihren Zähnen zu leiden; bricht doch schon so mancher Zahn bei der Bearbeitung eines Knustes! — Unwillkürlich denken wir zurück an unsere Kindheit und hören im Geiste noch deutlich die wohlgemeinten Ermahnungen unserer Erzieher, wenn sich unsere Lust und unser Tatendrang in gebißlichen Leistungen auszutoben versuchte. Heute erst erkennen wir auch hier den pädagogischen Fehler und fordern ausgiebige gebißliche Betätigung, aber — und das ist wichtig! — von der ersten Kindheit an. Nur wenn die Milchzähne kraftvoll sich entfalten, ist die Möglichkeit gegeben, das schönste und wichtigste Organ des Menschen vor frühzeitigem Verfall und Entartung zu bewahren! — Es soll nicht unterlassen werden, hier die Warnung einzuflechten, daß sich nun etwa Erwachsene an harten Gegenständen versuchen, denn nirgends ist das Sprichwort: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!" angebrachter als hier. Woran während der Wachstumsperiode die Zähne nicht gewöhnt wurden, das vermögen sie auch später nie zu leisten. Immerhin ist auch bei ihnen eine mit Vorsicht aufgenommene vermehrte Anregung heilsamer als das aus Unkenntnis dieser biologischen Belange leider so viel geübte „Schonen" der Zähne, womit nämlich am sichersten und schnellsten ein zahnloser Mund erzielt wird. Außerdem könnte die unerbittliche Natur in diesem Falle gar leicht geneigt sein, aus jener zu wenig beanspruchten Körperpartie auch nur ein entsprechendes Minimum an „Entwicklungsstoff" in die Chromosomen (Vererbungsmasse) der Fortpflanzungszellen hineinzulegen (Degeneration).

Eine Gebißgymnastik stärkt indessen nicht nur das Gebiß, sondern auch sämtliche Kopf- und Nackenmuskeln und indirekt den ganzen Körper. Glauben Sie, daß so etwas ohne günstigen Einfluß auf das Gehirn bleibt? Beobachten Sie nur die Natur, beispielsweise den Haushund! Bekommt er keine Knochen, um mit seinen Zahnwerkzeugen gehörig arbeiten zu können, so zeigen sich die schädigenden Folgen nicht nur in physischer Hinsicht, indem ihm die Zähne schlecht werden und ausfallen, sondern auch psychisch verändert sich das Tier; es büßt von seiner Straffheit und Umsichtigkeit ein, was um es vor sich geht, wird ihm gleichgültig, es verliert den Mut und die Wachsamkeit. Kurz, die Energie des Hundes steht im direkten Abhängigkeitsverhältnis von der Stärke seines Gebisses. Ueberhaupt findet sich in der Tierwelt bei denjenigen Gattungen die größte Willensstärke, die von der Natur mit einem kräftigen Gebiß ausgestattet worden sind. Und wie ist es hiermit beim Menschen? Dem Verfasser erscheint es als feststehende Tatsache, daß in ähnlicher Weise auch seine Energie, d. h. schlechthin Herrschaft des Geistes über den Körper, beeinflußt wird von dem Entfaltungsgrad seines Gebisses. Allerdings pflegt es sich bei ihm nicht so offen zu zeigen, und deshalb fehlte es bisher darüber an Beobachtungsmaterial. Mithin ist heute noch kein abgeschlossenes Urteil zu fällen, welche Bedeutung diesem Abhängigkeitsverhältnis beizumessen ist. Wird es vielleicht zu weitgehend sein, zu sagen, daß der Erwachsene das an Energie besitzt, was er während der Entwicklung seines Gebisses erworben hat, so ist doch immerhin die Behauptung nicht allzu gewagt, daß derjenige welcher in Jugendjahren Gebißgymnastik treibt, gleichzeitig direkt seine Willenskraft trainiert.

Mögen diese Ausführungen Anthropologen, Aerzten, Hygienikern, Psychologen, Pädagogen, Bevölkerungspolitikern, Naturheilvereinen, Sportlern und Eltern Anregung geben, diesen begründeten Forderungen wegen ihrer Wichtigkeit für den Einzelnen wie für das Volksganze in Zukunft ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Handelt es sich doch um nichts Geringeres als um die Kampfaufnahme gegen eine bereits augenfällig gewordene Entartungserscheinung.

ganzen Unternehmens bezeichnet. Er hat nach der Anklage den Plan zur Aktion entworfen, setzte sich bei der Aufstellung an die Spitze, erklärte den Sturz der Regierung im Reiche und in Bayern, verteilte die neuen Aemter und nahm für sich selbst die oberste Leitung der Reichspolitik allein in Anspruch.

General Ludendorff war nach der Annahme der Anklage über das Unternehmen schon vorher genau unterrichtet; er erklärte auch, daß er selbst bei der Sache mittue und redete Kahr, Lossow und Seisser zu, sich auch zur Verfügung zu stellen. Er bestätigte sich auch als Führer der neu zu bildenden Nationalarmee. Oberamtmann Frick habe sich schon vorher bereit erklärt, für den Fall einer völkischen Erhebung den Posten eines Polizeipräsidenten in München anzunehmen. Auch er habe von den für den Abend des 8. November geplanten Ereignissen schon vorher Kenntnis haben müssen.

Dr. Weber habe die Durchführung des Unternehmens erst ermöglicht, indem er als politischer Führer des Bundes Oberland das Gewicht dieses Bundes zu Gunsten des Unternehmens in die Wagschale warf.

Der Angeklagte Röhm wußte schon am 7. November von dem geplanten Unternehmen und war auch derjenige, der das Wehrkreiskommando im Auftrag der neuen Machthaber besetzte.

Brückner veranlaßte die Mobilmachung des national-sozialistischen Regiments und nahm insbesondere noch mit einem großen Teil seiner Leute an dem Zug in die Stadt teil.

Wagner veranlaßte in Kenntnis des geplanten Unternehmens die Alarmierung der Infanterieschule hinter dem Rücken der Vorgesetzten und brachte es zustande, daß die Infanterieschule gegen den Willen ihrer Vorgesetzten auf die Seite des Kampfbundes trat.

Kriebel war der militärische Führer des Kampfbundes, wirkte bei der Vorbereitung und Durchführung des Putsches entscheidend mit und wußte schon vor dem 8. November sicher, daß Kahr und seine Mitarbeiter fest entschlossen waren, Putsche nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Pernet war als Verbindungsoffizier zwischen den einzelnen Persönlichkeiten und Befehlsstellen vor und während des Unternehmens tätig.

Die Anklageschrift sagt dann wörtlich: Die Beschuldigten haben, gestützt auf die bewaffneten Machtmittel des Kampfbundes und auf die bewaffnete Macht der Infanterieschule, in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken unternommen, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewaltsam zu beseitigen und die Verfassung des Deutschen Reiches und die des Freistaates Bayern gewaltsam zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt im Reiche und in Bayern aufzurichten. Die sämtlichen Angeklagten sind beschuldigt des Hochverrats.

Nach der Verlesung der Anklageschrift beantragt der Staatsanwalt den Ausschluß der Oeffentlichkeit, weil die öffentliche Verhandlung der Sache eine Gefährdung des Staates und der Sicherheit der öffentlichen Ordnung herbeiführen könnte. Wenn einzelne Teile des Verhandlungsstoffes ohne Schaden für den Staat öffentlich behandelt werden könnten, so soll die Oeffentlichkeit für diesen Teil wieder hergestellt werden. Die Erörterungen werden Dinge zur Sprache bringen, deren öffentliche Besprechung schwere Gefahren für den Staat namentlich in außenpolitischer Beziehung herbeiführen würden, und diese Gefahr müßte unter allen Umständen vermieden werden.

Es folgen dann die Erklärungen der Verteidiger, die in der Hauptsache in dem Verlangen gipfelten, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen und soweit als möglich in vollster Oeffentlichkeit zu verhandeln. Das Gericht zog sich schließlich zur Beratung zurück und verkündete kurz darauf folgenden Beschluß: „In den Verhandlungen über den Antrag des Staatsanwalts wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Zugelassen sind nur die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden.“ Kurz vor 12 Uhr wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Ein Beschluß über einen generellen Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde vom Vorsitzenden nicht verkündet.

—(*)—

Deutschland.

Der Deutsche Offiziersbund,

Sitz Berlin W 9, wendet sich mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem es u. a. heißt:

„40 000 sogenannte „belgische Deportierte“ haben dem Internationalen Gemischten Gerichtshof in Paris Entschädigungsklagen unterbreitet, und dieser hat auch prompt den Prozeß gegen die deutsche Regierung eröffnet.

Haben sich die Einbruchsmächte klar gemacht, welche Folgen diese Entscheidung für sie selbst haben muß? Haben sie nicht daran gedacht, daß Deutschland diesen sogenannten belgischen Deportierten, die im Kriege als Arbeitslose zwecks Behebung der durch Deutschlands Feinde geschaffenen wirtschaftlichen Notlage unter Beobachtung kriegsrechtlicher Grundsätze zu wirksamer Arbeit notgedrungen herangezogen werden mußten, alle die vielen tausend Deutsche gegenüberstellen kann, welche die Einbruchsmächte mitten im Frieden gegen jede völkerrechtliche und menschliche Satzung zur Befriedigung ihrer räuberischen Gelüste von Haus und Hof vertrieben haben? Haben sie nicht daran gedacht, oder glauben sie irgendwelche Gegenmaßnahmen von dem macht- und hilflosen Deutschland nicht befürchten zu müssen?

Der Deutsche Offizierbund hält es für eine Ehrenpflicht, zu solchen Gegenmaßnahmen das Erforderliche in die Wege zu leiten. Er will sich dieser Aufgabe nicht nur soweit ehemalige Offiziere und ihre Angehörigen betroffen sind, unterziehen, sondern im nationalen Interesse ganz allgemein für die Ansprüche aller geschädigten Deutschen jeden Standes nachdrücklich eintreten und sie sobald als möglich zur Geltung zu bringen versuchen. Er bittet daher alle, welche durch die widerrechtlichen Anordnungen der Einbruchsmächte Frankreich und Belgien Schädigungen irgendwelcher Art erlitten haben und bereit sind, sie geltend zu machen, um folgende Angaben:

1. Vorname, Name, Standes- und Berufsbezeichnung, genaue Anschrift des Geschädigten.
2. Ganz kurze und gedrängte, tunlichst amtlich bescheinigte Darstellung der erlittenen Schädigung und Angabe der Höhe der Entschädigungsforderung. — Unterschrift.

Gestützt auf dieses Material wird dann der Deutsche Offizierbund der Welt zeigen, daß Deutschland nicht gewillt ist, jede Vergewaltigung widerspruchslos hinzunehmen.“

Albert Thomas in Berlin.

Berlin, 26. Febr. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas hatte auf der Durchreise von Warschau in Berlin eine Reihe von Besprechungen, um sich ein Bild über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft zu machen.

Das Ende der Korruption in Weimar.

Weimar, 26. Febr. Wie das Sozialistische Volk zu melden weiß, ist Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Staatsrat Brill seines Amtes enthoben worden. Brill gehörte gleich seinem Chef, dem Innenminister Hermann, der U. S. P. D. an, war vordem Volksschullehrer und wurde trotz seiner Jugend und dem Mangel aller Vorkenntnisse von seinem ebenfalls ohne Fachkenntnisse regierenden Genossen zu diesem wichtigen Amt berufen.

Tagung des Reichslandbundes.

Breslau, 26. Febr. Die gestrige Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichslandbundes beschäftigte sich ausführlich mit der gegenwärtigen politischen Lage. Zunächst wurden in einer Entschließung die Reichslandbundmitglieder aufgefordert, trotz eigenen schweren Existenzkampfes nicht zu erlahmen in den Hilfeleistungen für die unverschuldet notleidende Stadtbevölkerung und in den Industriezentren durch weitere Förderung der Volksküchen der Schulkinderspeisungen, der Studentenhilfe, Patenschaften usw. Dann wurde die Stellung des Reichslandbundes zu den Reichstagswahlen präzisiert und in folgender Entschließung festgelegt:

Der Gesamtvorstand des Reichslandbundes macht es den angeschlossenen Verbänden zur Pflicht, bei den kommenden Wahlen das Verfahren einzuschlagen, das die größte Wucht und Geschlossenheit des Reichslandbundes zur Geltung bringt. Die von den Landbünden aufgestellten Kandidaten sollen durch Unterschrift sich dahin verpflichten, daß sie bei ihrer Tätigkeit als Abgeordnete mit dem Landbund in engster Fühlung bleiben und bei allen Abstimmungen den Landbundgedanken vor die Partei stellen und den Weisungen ihres Landbundes folgen. In einer dritten Entschließung erkennt der Reichslandbund die segensreiche Tätigkeit der Technischen Nothilfe an und hält es für die Pflicht jedes Staatsbürgers, insbesondere auch aller landwirtschaftlichen Kreise, die Bestrebungen der Technischen Nothilfe durch freiwillige Mitarbeit und durch Beitritt zu unterstützen.

Die Position von Knilling.

München, 26. Febr. Der bayerische Volksbund-Korrespondent befaßt sich mit den Gerüchten, daß die Vereinbarungen zwischen Bayern und dem Reich zur Erledigung des Reichswehrkonflikts in der Bayerischen Volkspartei große Unzufriedenheit hervorgerufen hätten und dadurch die Stellung des Ministerpräsidenten ernstlich gefährdet sei. Die Korrespondenz erfährt hierzu, daß die Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren, wonach der Abschluß des Abkommens eine Ministerkrise hervorgerufen habe. Die Frage, ob Ministerpräsident Knilling auch der Vertrauensmann des neuen Landtags sein wird, sei überflüssig, denn niemand werde wissen, wie dieser neue Landtag aussehen wird.

Hungerstreik Landsberger Schutzhaftgefangener.

München, 26. Febr. Wie der Völkische Kurier meldet, sollen Sonntag vier Schutzhaftgefangene in Landsberg in den Hungerstreik getreten sein. Die übrigen Schutzhaftgefangenen hätten beschlossen, heute ebenfalls in den Hungerstreik zu treten.

—(*)—

Ausland.

Die Regierungskrise in Brüssel.

Brüssel, 26. Febr. Die Abstimmung über den französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag am morgigen Mittwoch wird in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung erwartet. Ministerpräsident Theunis unternimmt letzte Versuche, um die Lage zu retten. Er wird bis zur entscheidenden Kammerdebatte noch wichtige Besprechungen mit den Fraktionsführern der Parteien abhalten. Im Lager der Sozialisten ist man bereits sehr siegesbewußt. Man behauptet, daß der Sturz des Kabinetts unabwendbar sei. Der Führer der Sozialistischen Partei Vandervelde hat vorgestern nochmals eine Rede gehalten, in der er seine Bereitwilligkeit ankündigte, die Nachfolge der jetzigen Regierung anzutreten.

Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Privateigentums in England.

London, 26. Febr. In gut unterrichteten Finanzkreisen verlautete gestern abend, daß der Premierminister, das Schatzamt und das Handelsministerium darüber verhandelt haben, das beschlagnahmte Privateigentum in England auch in den Fällen, in denen der Wert des Guthabens des einzelnen Deutschen 400 Pfund Sterling übersteigt, an die Vorkriegsbesitzer zurückzugeben. Diese Verhandlungen sollen einen Verlauf genommen haben, der eine baldige günstige Entscheidung über die erweiterte Zurückgabe in Aussicht stellt.

Macdonald über das englisch-deutsche Uebereinkommen hinsichtlich der Ausfuhrabgabe.

London, 26. Febr. Der englische Ministerpräsident machte dem Unterhaus gestern mittag Mitteilung von dem englisch-deutschen Uebereinkommen wegen Ermäßigung der Ausfuhrabgabe. U. a. erklärte er, daß die Interessen des britischen Geschäftslebens die Arbeiterregierung zu diesem Abkommen mit Deutschland gezwungen haben. Dadurch würde das Vertrauen in den Handel der beiden Staaten gehoben. England plane, Deutschland die Erreichung einer großen Anleihe zu ermöglichen, von der ein beträchtlicher Teil von amerikanischen Banken übernommen würde. Die Meinung, daß Großbritannien zustimme, daß die Schulden Frankreichs und Italiens annulliert würden, müsse als lächerlich abgetan werden. Die weiteren Fortschritte in der Reparationsfrage hingen von den Publikationen der Berichte der internationalen Sachverständigen ab.

Die französischen Kammerwahlen.

Paris, 26. Febr. Nach dem Intransigeant sind die Kammerwahlen auf 6. April angesetzt.

Der amerikanische Petroleumskandal.

Washington, 26. Febr. Die Demokraten haben eine Resolution angenommen, in der Präsident Coolidge aufgefordert wird, sämtliche in den Petroleumskandal verwickelte Beamte aus dem Staatsdienst zu entlassen.

Aus der Partei.

Augustinusverein.

Elberfeld. Die Versammlung, welche der Augustinus-Verein am 16. Februar hier im Gesellschaftshaus „Parlament“ abhielt, wies einen über erwarteten starken Besuch sowohl aus dem besetzten wie dem unbesetzten Gebiet auf. In seiner kurzen Begrüßung wies der Vorsitzende Herr Reichsrat Lensing-Dortmund auf den tragischen Tod eines hochverdienten Kollegen hin, der hier in Elberfeld jahrelang eine segensreiche Tätigkeit entfaltet hatte, Herr Hermann Kleinstreuer, zuletzt Chefredakteur und Verleger der Wormser Nachrichten. Gerade auf seinem 58. Geburtstage am 7. April in Worms verhaftet, nach Wiesbaden geführt zu zweimonatlichem Gefängnis verurteilt und nach deren Abbüßung als gebrochener Mann ausgewiesen starb am 30. September vorigen Jahres in Auerbach a. d. Lahn. In Worms wurde ihm ein großartiges Leichenbegängnis bereitet. Auch ohne viele Worte weiß das deutsche Volk, was es solchen Führern und Märtyrern schuldet.

In kurzen geschäftlichen Mitteilungen wurde darauf hingewiesen, daß für die Umstellung der Pensionskasse der kath. Presse auf Goldmark eine neue Satzung ausgearbeitet wird, welche zugleich die Versicherung vereinfachen und die Rechte der älteren Mitglieder besonders wahren soll. Durch die allgemeine Geldentwertung ist die Pensionskasse, wie alle ähnlichen Versorgungsanstalten, aufs schwerste betroffen worden und deshalb die Veteranenspende, welche vom Augustinus-Verein wieder eröffnet wurde, aufs wärmste zu empfehlen.

Der Augustinus-Verein selbst hat das letzte Jahr verhältnismäßig gut überstanden, ohne besondere äußere Unterstützung, obgleich alle Mitglieder-Beiträge regelmäßig bis zu ihrem Eingang entwertet waren. Für das erste Halbjahr 1924 ist der Beitrag auf drei Goldmark festgesetzt, die man an den Generalsekretär Dr. Pelzbächer in Düsseldorf einsenden möge. (Postscheckkonto Köln 5789.)

Zur politischen Aussprache übergehend, gab Herr Chefredakteur Dr. Hoeber-Köln einen Ueberblick von hoher Warte herab über die gegenwärtige Lage: Deutschlands Darniederliegen und Verarmung nach dem Fehlschlag des „passiven Widerstands“, in dessen Aufrechterhaltung vor einem halben Jahre eine lange vermißte Einigkeit sich zeigte; unsere enttäuschten Hoffnungen über die Haltung des Auslandes und des Völkerbundes, wobei sich wieder bestätigt fand, daß es nur einen einzigen leistungsfähigen, wirklich neutralen und gerechten Völkerbund gegeben hat, die kath. Kirche und den Papst. Die ungeheuren französischen Rüstungen, die Bewegungen Marc Sangniers in Frankreich und die Lage in England fand ebenso ihre Beleuchtung wie unser Rappallo-Vertrag mit Rußland und der Brief Wirths an den Abg. Joos, die verschiedenen Strömungen und Strebungen in Bayern und in vielen akademischen Kreisen, die Krisis in der Landwirtschaft und die Verkrümelung des Mittelstandes unter Entwicklung weniger ganz reicher und eines traurigen Pauperismus in der großen Menge. Die Versammlung stand ganz unter dem ernsten Eindruck dieser Situation, die auch in der späteren Debatte noch von verschiedenen Diskussionsrednern unterstrichen wurde. Trotzdem gelang es Herrn Abg. Giesberts, der als Vertreter der Fraktion und Parteileitung erschienen war, allen mutlosen Pessimismus zu zerstreuen und für die kommenden Wahlen eine lebhafte Siegeszuversicht und Kampffreude zu entfachen. In seiner bekannten plastischen und drastischen zu Herzen sprechenden Weise wies er darauf hin, daß das Zentrum seit seinem Bestehen doch schon viel schwierige Lagen gemeistert hat: die Septennatswahlen 1887 die landwirtschaftliche Notlage mit dem Caprivi-Brot in den 90er Jahren, die Zoll- und Handelsvertragskämpfe und die Anzweiflung seiner Vaterlandstreue in den Kolonialdebatten 1906 usw. Gerade heute muß das Zentrum an sich glauben und keine politische Heimatlosigkeit in seinen Wählern aufkommen lassen. Gewiß hat es sich nicht leichten Herzens mit der öfteren Uebernahme der Kanzlerschaft an die Spitze gestellt, sondern aus Verantwortung für die Existenz des Volkes. Und die übrigen Parteien haben dieser Leitung zugestimmt, nicht aus politischer Bescheidenheit und Selbstlosigkeit, sondern im Gefühl, selbst die Sachlage nicht meistern zu können und im Bewußtsein, daß von der Partei des Zentrums und seiner Staatsmänner man sich keiner politischen Halunkereien zu versehen braucht. Also dürfen auch die Zentrumsleute selbst etwas Vertrauen zu sich haben. Redner betonte besonders die Wichtigkeit der richtigen sozialpolitischen Einstellung gegenüber der Verlängerung der Arbeitszeit, der Beamtenentlassung der Geldentwertung und sog. Aufwertung der Hypotheken, die von anderer Seite als Abwertung bezeichnet worden war. Nach ungefähr vierstündiger, anregendster Debatte konnte der Vorsitzende mit lebhafter Befriedigung die Versammlung schließen. Wir werden voller Vertrauen in die nächsten Wahlen eintreten können; aber tüchtig gearbeitet muß werden. Der gute Einfluß der Aufklärung macht sich auch schon geltend. Das verspüren bereits unsere Zeitungen, bei denen die Leser, welche infolge der Geldnot zur Hälfte und mehr den Bezug hatten einstellen müssen, jetzt schon zum guten Teil wieder zurückkehren. Mit Befriedigung wurde es noch entgegengenommen, daß am 22. März in Frankfurt a. M. eine ähnliche Versammlung gehalten werden soll.

—(*)—

Aus dem sozialen Leben.

Die weitere Besserung der Arbeitsmarktlage in Baden hält an. In der Landwirtschaft werden gelernte männliche Kräfte, Knechte und Taglöhner gesucht. Leichte Besserung besteht in der metallverarbeitenden Industrie, in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie, in der Textilindustrie Wiesentals, in der Papier-, Schokolade- und Tabakindustrie. In der Schwarzwälder Uhrenindustrie dagegen ist es zu Entlassungen gekommen. Das Baugewerbe leidet unter den Einflüssen des Frostes. Der Arbeitsmarkt der kaufmännischen Angestellten ist schlecht. Zahlreiche Kündigungen von Bankangestellten sind auf 1. April erfolgt. Noch schlechter ist die Lage bei den Behörden-Angestellten und den Technikern.

Arbeitsgemeinschaft kathol. Jugendleiterinnen, Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen (J. K. H.).

Infolge des großen Mangels an Stellenangeboten sind zur Zeit zahlreiche Jugendleiterinnen, Kindergärtnerinnen gezwungen, ihren Lebensunterhalt in mechanischer Berufsarbeit zu suchen. Die Wohlfahrtseinrichtungen für Kinder- und Jugendfürsorge sind ihnen wegen des Abbaues nahezu ganz verschlossen. Mehr als je sind sie, wenn sie sich überhaupt noch in ihrem Berufe betätigen können, auf das Arbeitsfeld als Erzieherin in der Familie angewiesen.

Die anläßlich eines Lehrganges in St. Trudpert bei Freiburg i. Br. im August letzten Jahres begründete Reichsarbeitsgemeinschaft Kathol. Jugendleiterinnen, Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen (J. K. H. Geschäftsstelle: Deutscher Caritasverband Freiburg i. Br., Abteilung Kinderfürsorge) hat eine eigene Stellenvermittlung geschaffen und Fräulein Elisabeth Eickel, Jugendleiterin in Olpe in Westfalen mit der Leitung beauftragt. Das Bestreben geht dahin, die Berufsschwestern ihrer eigentlichen Lebensarbeit zuzuführen: zur Erhaltung so vieler echt weiblicher, mütterlicher Kräfte, zur Stütze unserer christlichen Familie, zur Mitarbeit an der großen und dringenden Aufgaben der gesamten Jugendfürsorge unseres deutschen Volkes. Die Ausbildung und Tätigkeit der Bewerberinnen wird durch Fragebogen genau festgestellt, um so ihre Eignung für dieses oder jenes Angebot besser beurteilen zu können.

Die Stellenvermittlung will nicht nur Stellen vermitteln, sie sieht auch in der Anbahnung und Ebnung des Weges zwischen denen, die eine Stelle suchen, und denen, die sie anbieten, eine wichtige Aufgabe im Interesse und zum Wohle beider Teile. Jede Bewerberin um eine Familienarbeit erhält daher ein Merkblatt über ihre Aufgabe in der Familie, in dem die Vorteile und idealen Seiten ihres Wirkungskreises hervorgehoben sind. Das Zusammenfließen von Erfahrungen gibt die berechtigte Hoffnung, daß diese innere Vermittlung zwischen den Beruflichen und ihren Arbeitsgebieten immer mehr ausgebaut werden kann.

Krise auf der Hamburger Werft.

Hamburg, 26. Febr. Die Lage in den Hamburger Werften hat sich seit gestern schwieriger gestaltet infolge Festhaltens des größeren Teils der Hamburger Werftarbeiter an der achtstündigen Arbeitszeit. Die Arbeiter sollen noch einmal gewarnt werden. Die Schließung der Betriebe wird vorgenommen, wenn die Arbeiter ihre Haltung nicht ändern. Der morgige Mittwoch dürfte die Entscheidung bringen.

Die Arbeiter der Flensburger Werften sprachen sich mit 679 gegen 44 Stimmen gegen die Einführung des neunstündigen Arbeitstages aus. Es ist zu befürchten, daß entweder der Streik oder die Aussperrung kommt.

—(*)—

Chronik.

Baden.

Mannheim, 23. Febr.

(Gewerkschaftstagung.) Eine kürzlich hier abgehaltene stark besuchte Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten der Gaue Hessen, Baden-Pfalz-Saar und Württemberg nahm eine Kundgebung für die Befreiung der Pfalz an. In einer weiteren Entschließung wurde zur allgemeinen Wirtschaftslage Stellung genommen. Es wurde darin zum Ausdruck gebracht, daß in Erkenntnis der schwierigen Lage der Wirtschaft die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angestellten bereit sind, zu den allgemeinen Lasten ihren Anteil beizutragen, doch müßten die Kreise aufs schärfste bekämpft werden, die jetzt wieder versuchen, unter wirtschaftlicher und rechtlicher Knebelung die Gesamtopfer auf die Arbeitnehmerschaft abzuwälzen. Die starke Behauptung, daß nur durch erhöhte Arbeitszeit in Verbindung mit verringerter, unzureichender Bezahlung eine Steigerung der Produktion möglich sei, müsse als abwegig bezeichnet werden. Gesteigerte Arbeitsfreudigkeit, technische Vervollkommnung der Betriebe, verfeinerter Ausbau der Arbeitsmethode und Gesundung des Kalkulationswesens durch entsprechendes Zurückschrauben des Unternehmergewinns müßten produktionsfördernd zusammenwirken.

(Verkehr nach der Pfalz.) Der Verkehr über die Rheinbrücke ist von jetzt ab von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr abends gestattet.

Emmendingen, 26. Febr.

(Fuhrmannsunglück.) Auf einer ziemlich abschüssigen und kurvenreichen Waldstraße kamen zwei zusammengekoppelte Holzwagen in schnelle Fahrt und wurden über die Fahrstraße geworfen. Während die Pferde dabei keinen Schaden nahmen, zogen sich die Fuhrleute schwere Verletzungen zu.

Endingen, 26. Febr.

(Aufnahme des Sonntagsverkehrs.) Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft beabsichtigt, am Sonntag, den 2. März, den sonntäglichen Verkehr wieder aufzunehmen, der durch die Schwierigkeiten der letzten Zeit eingestellt worden war.

Triberg, 26. Febr.

(Schweres Unglück.) Ein schweres Unglück hat sich bei den Bobrennen am Sonntag ereignet. Auf der gänzlich vereisten Bahn wurden mehrere Bobs über die Böschung geschleudert und hierbei drei Personen: Fabrikant Berthold Lang, Hans Runer, beide von Schonach, und Fabrikarbeiter Winter schwer verletzt. Die Unfälle sind wahrscheinlich auf defekte Steuer zurückzuführen. Infolge der Unfälle wurde das Jugendbobrennen vom Programm abgesetzt.

Singen a. H., 26. Febr.

(Furchtbare Bluttat.) In Hausen a. d. A. hat sich gestern eine furchtbare Tragödie ereignet. Der 22 Jahre alte arbeitslose Metzger Geyer erschlug während eines Familienstreites seinen 50 Jahre alten Vater mit einem dicken Prügel. Der Vater erlitt einen Schädelbruch und starb einige Stunden später. Der Täter wurde verhaftet. Sechs unversorgte Kinder beweinen den Ernährer.

Achdorf b. Bonndorf, 26. Febr.

(Brand.) Das Anwesen des Hofbauers Sebastian Merz wurde durch Feuer vollkommen eingeäschert. Nur der Viehbestand konnte gerettet werden. Der Besitzer Merz, der bei den Rettungsversuchen von dem einstürzenden Fruchtboden verschüttet wurde, wäre beinahe ums Leben gekommen.

Aus dem Ausland.

Straßburg i. E., 26. Febr. (Ausfuhrverbot für Gemüse.) Das von der französischen Regierung erlassene Ausfuhrverbot für Gemüse (worüber von uns gestern schon berichtet worden ist) ist auf Spekulationserscheinungen in Südfrankreich zurückzuführen. Das wichtigste Produkt, das von Südfrankreich gegenwärtig auf den Markt gelangt, ist Blumenkohl. In diesem Gemüse zeigten sich Spekulationen von ungewöhntem Umfange, welche die Preise stark in die Höhe schraubten. Eine Untersuchung ergab, daß fremde Einkäufer mehr als die Hälfte der Blumenkohlproduktion aufgekauft hat.

—(*)—

Gemeindepolitik.

Altschweier b. Bühl, 25. Febr. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Weinhändler Max Kirschner gewählt.

Eigeltingen, 24. Febr. Heute wurde, da der seitherige Bürgermeister Martin wegen Kränklichkeit sein Amt niedergelegt hat, Herr Landwirt Josef Bächler, ein treues Mitglied der Zentrumspartei, in glänzender Wahl zum Bürgermeister gewählt. Eine Gegenkandidatur war nicht aufgestellt. Daß die Parteien sich auf Herrn Bächler geeinigt, zeugt von dem guten Verständnis aller, aber auch und ganz besonders von der Fähigkeit und der allgemeinen Wertschätzung des Neugewählten. Seine Persönlichkeit bürgt für ein gedeihliches Wirken und friedliches Zusammenarbeiten.